

vbb magazin

3

März 2018 • 57. Jahrgang



Der Bundeswehrbeamte
Zeitschrift des Verbandes
der Beamten der Bundeswehr

Never Ending Story

Seite 10 <

Die Jugend
von heute ...

Seite 30 <

Einkommensrunde
für Bund und
Kommunen:

6 Prozent,
mindestens 200 Euro!

> Editorial



© Jan Brenner / dbb

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wer geglaubt hatte, gemächlich in das Neue Jahr einsteigen zu können, wird durch die Ereignisse der ersten Wochen schnell auf den harten Boden der Realität geholt. Regierungstechnisch gesehen befinden wir uns immer noch in einer „Halbwelt“, sprich: Die alte Bundesregierung ist immer noch geschäftsführend im Amt und fast kein Tag vergeht ohne neue Wasserstandsmeldungen zu Personalfragen und Mutmaßungen zum Ausgang der angelaufenen Mitgliederbefragung in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD). Kommt nun eine Neuaufgabe der Großen Koalition oder nicht? Da sind wir auch nicht schlauer als Sie. Da wir es aber eh' nehmen müssen, wie es kommt, wollen wir uns nicht an den Spekulationen beteiligen, die derzeit wie Pilze aus dem Boden sprießen.

Alarmiert hat uns jedoch eine Information, die sozusagen als versalzener Neujahrsgruß in der Baumschulallee aufschlug. Sollte es tatsächlich nach der Weizäcker- und der Weisekommission wieder Überlegungen geben, den Rüstungsbereich um-

zuorganisieren und eine Agenturlösung in Erwägung zu ziehen? Nichts ist ja bekanntermaßen so alt, als dass man es nicht aufgehübscht als der Weisheit letzter Schluss verkaufen könnte. Der Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) hat zu diesem Thema unverzüglich verschiedene Gespräche im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) und mit Parlamentariern des neu gewählten Parlaments geführt. Ebenso haben wir in den sozialen Medien und in einer Pressemeldung einiges zu diesem Thema veröffentlicht. Einig sind wir uns wohl alle, dass die Beschaffung von Rüstungsgütern und Ausrüstungsgegenständen – vom Beginn einer militärischen Forderung bis zur Übergabe an die Streitkräfte – ein höchst komplexer Vorgang ist. Ein Transportflugzeug kann man nun einmal nicht von der Stange kaufen oder bei Amazon bestellen. Und wenn die Mittelfreigabe zur Beschaffung von Zelten erst vor Kurzem erfolgt ist, dann ist es schon sehr ambitioniert zu glauben, nach 14 Tagen könne die Lieferung bereits erfolgt sein. Klar ist auch, dass die Soldatinnen und Soldaten das bestmögliche Material erhalten sollen und müssen. Aber hierfür müssen alle Beteiligten an einem Strang ziehen – Streitkräfte, Verwaltung, Industrieunternehmen und das Parlament. Spielt einer falsch, fällt das fragile Konstrukt zusammen. Unsere Aufgabe als Interessenvertretung ist es, durch konstruktive Kritik, aber auch durch Lösungsvorschläge organisatorisches Abenteuerium zu verhindern. Das sind wir nicht nur qua satzungsmäßigem Auftrag unseren Mitgliedern schuldig, sondern auch unserer über 60-jährigen Verwurzelung in der Bundeswehr, und das ohne Ansehen einer Statuszugehörigkeit.

Und dass ein waches Auge nottut, zeigt eine Organisationsentscheidung im Gesamtzusammenhang mit der „Strategischen Leitlinie Cyber-Verteidigung“. Zusammen mit dem Bundesministerium des

> Impressum

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle des VBB, Baumschulallee 18 a, 53115 Bonn. **Telefon:** 0228.38927-0. **Telefax:** 0228.639960. **Redaktion:** Bundesgeschäftsstelle des VBB. **Internet:** www.vbb-bund.de. **E-Mail:** mail@vbb-bund.de. **Herausgeber der dbb seiten:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Fotos:** dbb, Fotolia, MEV. **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint 10-mal im Jahr und ist für VBB-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen. Nichtmitglieder bestellen schriftlich beim dbb verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 29,00 € zzgl. 5,50 € Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 3,20 € zzgl. 1,20 € Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember beim dbb verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Versandort:** Geldern. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigenposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 59** (dbb magazin) und **Preisliste 43** (vbb magazin), gültig ab 1.10.2017. **Druckauflage:** dbb magazin: 602 529 (IVW 4/2017). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter. **ISSN 0521-7814**

> vbb

>	Was lange währt ...	4
>	Das alte Leid ... Quo vadis BAAINBw?	5
>	Rhetorik außer Rand und Band	6
>	VBB-Presserklärung vom 2. Februar 2018	8
>	Gespräche aufgenommen	9
>	Travel Management – Dringender Handlungsbedarf erforderlich	9
>	Die Jugend von heute ...	10
>	EinkaufBw: Vom Musterschüler zum Problemkind?	12
>	Branchentage 2018 Hoch qualifizierte Arbeit erfordert hohe Anerkennung bei der Tarifrunde	14
>	Bündelung im einfachen Dienst – Keine Erprobungszeit nach § 34 BLV erforderlich	14
>	Keine Verschärfung der Quoten bei Beurteilungen	15
>	Newsletter zu internen Ausschreibungen – Fehler behoben	15
>	Kennen Sie Ihren zuständigen Sozialdienst?	15
>	Nebentätigkeitsgenehmigung für Beamte	15
>	Rechtsschutz für VBB-Mitglieder erweitert!	16
>	VBB-Beamtengruppe im HPR	16
>	VBB-Seminare	17
>	Leserbriefe	18
>	Aus unseren Bereichen und Landesverbänden	18
>	Personalnachrichten	28

> dbb

>	Einkommensrunde für Bund und Kommunen 2018: 6 Prozent, mindestens 200 Euro!	30
>	dbb jugend: Einkommensrunde Bund und Kommunen: 100 Euro mehr für Azubis	33
>	Appell an kommende Bundesregierung: Staatsdiener an Zukunftsthemen beteiligen	34
>	Beihilfe: Verbessern und weiterentwickeln	34
>	Jahreswirtschaftsbericht 2018: Öffentlichen Dienst beteiligen	35
>	Verlässlichkeit des Staates in Gefahr: Kein Streikrecht für Beamte	37
>	dbb akademie	38
>	dbb frauenvertretung: Gleichstellungsindex 2017 der Bundesregierung: Frauenanteil steigt zu langsam	40
>	dbb bundesseniorenvertretung zum Koalitionsvertragsentwurf: Mehr Gerechtigkeit wagen	42
>	Frühkindliche Bildung und Erziehung: Spürbare Unterstützung für Kommunen nötig	44
>	interview: Helmut Holter, Präsident der Kultusministerkonferenz KMK	46

Innern (BMI) soll die Einrichtung einer Agentur für Disruptive Innovationen in Cybersicherheit geprüft werden. Die Aufgabenstellung einer solchen Agentur soll dem Vernehmen nach die gezielte Förderung von Cybersicherheitstechnologien und Schlüsseltechnologien sein. Dem hierfür im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) eingerichtete Aufbaustab wurde für seine Arbeit zugestanden, sich bei Bedarf externer Beratung zu bedienen. Eine solche Agentur – wie auch immer organisiert – könnte durchaus auch als „Blaupause“ für weiterführende Überlegungen auch im Zusammenhang mit der Organisation des Beschaffungswesens sein. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt

Sie, liebe Leserin, lieber Leser, können hierzu in dieser Ausgabe des VBB-Magazins noch einiges mehr zu diesem Thema lesen.

Daneben treibt die Regelungswut im BMVg weiter fröhliche Urständ. So ist uns beispielsweise kurz vor Redaktionsschluss ein Papier des Compliance-Management-Beauftragten des BMVg in den Briefkasten geflogen, in dem eine Handreichung zum Thema Nebentätigkeiten in Gewerkschaften und Berufsverbänden gegeben werden soll. Adressat dieser Handreichung sind diejenigen Angehörigen des BMVg und dessen Geschäftsbereiches, die sich neben ihren primären dienstlichen oder beruflichen Aufgaben in Gewerkschaften oder Berufsverbänden engagieren oder engagieren möchten. In der Einleitung wird zuerst „weiße Salbe“ verkauft: „Die Ausübung von Nebentätigkeiten ist Ausdruck der persönlichen und beruflichen Selbstverwirklichung in unserer Gesellschaft und wird durch das Grundgesetz geschützt.“ Um dann im Interesse der Funktionsfähigkeit

des Staates auf zwei Aspekte zu verweisen, unter denen eine solche Betätigung zur Vermeidung von Interessenskonflikten eingeschränkt oder untersagt werden kann. Wo sind wir eigentlich in dieser Bundeswehr mittlerweile hingekommen? Haben wir keine anderen Probleme? Aus welchem Grund oder aus welcher Veranlassung muss sich hochdotiertes Personal damit die Zeit vertreiben, ob und wann eine „Nebentätigkeit“ entgeltlich ist, ob eine „Nebentätigkeit“ in einem Verband oder einer Gewerkschaft anzeige- oder genehmigungspflichtig ist oder ob eine solche Betätigung durch den Dienstherrn/Arbeitgeber verboten werden kann. Oder ist das der untaugliche Versuch, Beschäftigte in der Bundeswehr, die sich gewerkschaftlich/verbandlich engagieren, in ein negatives Licht zu stellen oder abzuschrecken? Sozusagen ein Wink mit dem

Zaunpfahl. Was kommt als nächstes: eine Handreichung, welche beruflichen/dienstlichen Tätigkeiten ein Engagement in einem Personalratsgremium oder als Gleichstellungsbeauftragte ausschließen sollen?

Ich kann dazu nur sagen: Wehret den Anfängen und ab in den Schredder mit solchen abstrusen Ideen.

In Anbetracht des nahenden Osterfestes – für das ich Ihnen namens der Bundesleitung alles Gute wünsche – bin ich mit Ihnen gespannt, welches Ei uns neben den Süßigkeiten noch in das Nest gelegt werden wird.

Herzlichst
Ihr



Wolfram Kamm

Was lange währt ...

Es drohte bereits zu einer unendlichen Geschichte zu werden. Nach der erfolgten Einigung über einen Koalitionsvertrag steht der Bildung einer neuen, alten großkoalitionären Bundesregierung nur noch der Mitgliederentscheid in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) im Wege. Die Wahrscheinlichkeit, noch vor Ostern das „Interregnum“ zu beenden, scheint groß. Hier einige Eckpunkte, die aus Sicht des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) für unsere künftige Verbandspolitik von Bedeutung sind:

> Die eingeleiteten Trendwenden Personal, Material und Finanzen sollen konsequent fortgesetzt werden, bei einer stärkeren Akzentuierung der Landes- und Bündnisverteidigung. Zu Recht, wurde doch in den vergangenen Jahren die verfassungsrechtliche

Kernaufgabe der Bundeswehr, nämlich die Landesverteidigung, zugunsten der Bündnis- und Einsatzfähigkeit vernachlässigt.

- > Wir begrüßen das im Entwurf des Koalitionsvertrages unter der Überschrift „Für die Menschen in der Bundeswehr – ein attraktiver Arbeitgeber“ niedergeschriebene Bekenntnis, bei einem neu zu erstellenden Traditionserlass die Geschichte der Bundeswehr in den Mittelpunkt zu stellen. Das bedeutet für den VBB aber auch, dass sich die Bundeswehrverwaltung mit den zivilen Kolleginnen und Kollegen, die in und für die Bundeswehr arbeiten und gearbeitet haben, mit einem beachtenswerten Anteil wiederfinden muss.
- > Der VBB hat mit Genugtuung die erkannte Notwendigkeit zur Kenntnis genommen, das



nur gute Arbeitsbedingungen die Grundvoraussetzung für arbeitszufriedene und leistungsstarke Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sein können. Bei der Umsetzung dieser Erkenntnis werden wir das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) tatkräftig unterstützen. Denn nur mit hoch motiviertem – auch zivilem Personal – kann dem im Koalitionsvertrag festge-

schriebenen Anspruch Rechnung getragen werden, ein moderner, wettbewerbsfähiger, demografiefester und attraktiver Arbeitgeber zu werden.

- > Der Verband unterstützt nachdrücklich die Absicht, die Gehalts- und Besoldungsstrukturen wettbewerbsgerecht zu gestalten. Der VBB hat stets dafür geworben,

auch über monetäre Verbesserungen im Besoldungsgefüge die Attraktivität der Arbeit als Beamtin, als Beamter in der Bundeswehr zu verbessern. Deshalb wollen wir uns proaktiv für die ebenfalls niedergeschriebene Flexibilisierung des Dienstrechtes einsetzen.

> Der Artikel in der Wirtschaftswoche über eine beabsichtigte grundlegend neue Organisationsstruktur des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung in der Bundeswehr (BAAINBw) hat in den vergan-

genen Tagen für viel Wirbel und berechtigten Ärger bei den Beschäftigten im Rüstungsbereich gesorgt (wir haben an anderer Stelle darüber berichtet). Umso mehr freut es uns zu hören, dass die Leitung des BMVg dem Vernehmen nach keine Privatisierung, Agenturlösung oder die Umwandlung in eine GmbH für die Oberbehörde in Koblenz und deren nachgeordnetem Bereich in Augenschein genommen hat. Dass bedeutet jedoch auch für den VBB kein entspanntes Zurücklehnen, steht doch im Koalitionsvertrag auch zu lesen:

„Wir werden bis Ende 2019 untersuchen, in welcher Weise die Beschaffungsorganisation der Bundeswehr an ihren Standorten in ihrer Organisationsform angepasst werden sollte.“

Hier wird der Verband der Beamten der Bundeswehr in enger Abstimmung mit den Kolleginnen und Kollegen in Koblenz und in den Dienststellen des Geschäftsbereiches des BAAINBw ein waches Auge haben und wie immer kompetent und kritisch seine Meinung und seine eigenen Vorstellungen kundtun.

> Ein Letztes: Es mag für viele eine Selbstverständlichkeit sein und trotzdem war es doch auch eine Genugtuung, auch Folgendes im Koalitionsvertrag zu lesen:

„Für den geleisteten Dienst aller Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr für Frieden und Freiheit gebührt diesen eine besondere gesellschaftliche Anerkennung. Dieser Dank gilt auch den zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundeswehr.“

Dem ist nichts hinzuzufügen! ■

Das alte Leid ... Quo vadis BAAINBw?

Das Schreckgespenst einer Strukturreform der Beschaffungsbehörde am Rhein geistert durch das BMVg und hat – auch gegen die Strömung – Koblenz erreicht.

Die Ausgangslage scheint klar, die möglichen Lösungsansätze sind dagegen eher nebulös. Wegen Verzögerungen bei den sogenannten „Leuchtturmprojekten“ und weiterer Großprojekte sollen sich dem Vernehmen nach die angehenden Großkoalitionäre darauf verständigt haben, das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) einer „ergebnisoffenen“ Strukturuntersuchung zu unterziehen. Die Not scheint angesichts der auch medialen Begleitung der Probleme bei Beschaffung und Nutzung groß zu sein. Die vorsichtig formuliert magere Ausbeute des Verteidigungsbereiches bei den Sondierungsgesprächen lässt für die Höhe des Wehretats zusätzlich nichts Gutes ahnen. Nun stellt sich dem geeigneten Leser nur noch die Frage, wer mit der Strukturuntersuchung beauftragt wird und wie die neue



Welt am Deutschen Eck in Koblenz aussehen wird. Es versteht sich fast von selbst, dass eine solche mögliche Strukturuntersuchung nicht ressortintern durchgeführt wird. Und wenn man seinen Gedanken hinsichtlich der neuen Welt in Koblenz freien Lauf lässt, fallen einem gleich die allseits bekannten Organisationsmodelle Agentur des öffentlichen Rechts oder eine ressortinterne GmbH ein, in die das BAAINBw oder aber einzelne Projekte einbezogen werden könnten.

Aber ist denn eine Reform der Reform zwingend notwendig?

Nach Jahren des „Kaputtsparens“ der Bundeswehr wurde der gesamte Rüstungsbereich von Grund auf modernisiert und für die Zukunft leistungsfähig aufgestellt. Die Bundesministerin der Verteidigung, Frau Dr. Ursula von der Leyen, hat zudem erstmals seit Jahrzehnten in den Bereichen Personal, Haushalt und Material Trendwenden herbeigeführt. Es sollte also aufwärts gehen. Effiziente Verfahren und prozessorientierte Strukturen erfreuen nicht nur den Steuerzahler, sondern auch der politische Wille des Parlaments kann zielgerichteter und schneller umgesetzt wer-

den. Und vielleicht wäre es um des notwendigen und gewollten gemeinsamen Erfolges Willen auch einmal hilfreich, in einer neuen Struktur erst einmal anzukommen, bevor man sich erneut auf den Weg in ein weiteres ungewisses organisatorisches Abenteuer macht, dessen Ausgang und Erfolg wiederum offen sind. Oder liegt die eigentliche Absicht eher darin, der Politik und den Verantwortlichen im Verteidigungsressort angesichts möglicher spärlicher Zuwächse im Verteidigungsetat Luft zum Atmen zu verschaffen?

„Wir übten mit aller Macht, aber immer, wenn wir begannen, zusammengeschweißt zu werden, wurden wir umorganisiert.“ (Aussage des römischen Feldherrn Gaius Petronius)

Der Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) wehrt sich gegen organisatorisches Abenteuerlust und erwartet im Interesse aller Kolleginnen und Kollegen im Rüstungsbereich schnellstmögliche Transparenz und Klarheit zur Zukunft des BAAINBw und dessen Geschäftsbereich. ■

Rhetorik außer Rand und Band

Die langwierigen Verhandlungen zur Regierungsbildung führten vor wenigen Tagen doch noch zu einem spannenden Ergebnis. Als wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur GroKo wurde der erste gemeinsame, 177 Seiten starke Entwurf des Koalitionsvertrages veröffentlicht. Für den VBB hat natürlich der Abschnitt über die Bundeswehr herausragende Bedeutung, denn viele der genannten abstrakten Zielsetzungen betreffen konkret unsere Mitglieder im Arbeitsalltag. Deren Interessen vertritt der VBB als zuverlässiger, klar positionierter Gesprächspartner gegenüber Parlament und Regierung.

Zum Leidwesen vieler unserer Mitglieder überreizt allerdings ein Mitbewerber im Verbandsreigen mit seiner aggressiven Polemik und Selbstüberhöhung. Nachdem die Leitung des BMVG wegen öffentlich ausgetragener Querelen mit dessen militärischer Führung offensichtlich Abstand zu diesem Verband genommen hat, war jedem klar, dass etwas Neues geliefert werden muss. Die Verhandlungen zur GroKo sind da allerbeste Gelegenheit, verlorenen Boden wieder gutzumachen.

Beim Lesen der Veröffentlichungen auf der betreffenden Website dieses Verbandes wird der Eindruck erweckt, dass der Verband quasi virtuell am nächtlichen Verhandlungstisch bei den Verhandlungen zur GroKo mit dabei war und sich im Gegensatz zu den beteiligten Parteien vollumfänglich durchgesetzt hat – nicht schlecht – wir ziehen anerkennend den Hut – dann wird jetzt ja alles gut.

■ Treten und Vertreten

Der VBB erhebt explizit nicht den Anspruch, alle Menschen der Bundeswehr vertreten zu

wollen. Auch respektieren wir Meinungsvielfalt und schätzen diese, da sie durchaus produktiv sein kann. Irritierend wirken allerdings die verbalen Ausfälle gegen den VBB, ausgerechnet von dem Verband, der für alle Menschen der Bundeswehr da sein will. Wer unter diesem Motto agiert, beschädigt sich selbst, wenn mit anderen Meinungen derart intolerant und diffamierend umgegangen wird. Es versteht sich von selbst, dass konkurrierende Interessenvertretungen mit Bundeswehrbezug unterschiedliche Positionen besetzen, denn Wettbewerb belebt das Geschäft. Nichts gegen Zuspitzungen, aber Beschimpfungen und eigene Realitäten noch unterhalb des Trump-Niveaus, wer hat sowas nötig?

Passend dazu war eine kriegerrische Bildsprache beigefügt, die einen wohl sprachlos machen sollte. In der Tat fehlten einigen Lesern die passenden Worte, weil diese Entgleisungen mit einem Menschen in der Uniform eines deutschen Staboffiziers geschmückt waren. Das passt doch irgendwie nicht zusammen mit dem vorherrschenden Bild eines rationalen deutschen Offiziers und das gerade in Koblenz, wo traditionsgemäß die Innere Führung und deren Werte hochgehalten werden. Waffenschau und Kampfrhetorik gegen Andersdenkende in der Bundeswehr? Diffuse Projektion eigener Schwächen auf andere Menschen, die pauschal als destruktiv bezeichnet werden? Da denken viele zurück an die heftige Kritik der Verteidigungsministerin hinsichtlich Führung und Haltung im letzten Sommer, was letztlich dem Ansehen der Menschen in der Bundeswehr kaum gerecht wird. Das sollten wir doch längst hinter uns gelassen haben, bei den Aufgaben, die noch vor uns liegen!



■ Der VBB: Nie war er wertvoller als heute!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die meisten von Ihnen arbeiten tagtäglich eng und vertrauensvoll mit Menschen zusammen, die unterschiedlichen Statusgruppen angehören. Sie haben Ständesdünkel und Pauschalierungen, diese Relikte aus längst vergangenen Zeiten, überhaupt nicht nötig, weil Sie zukunftsgerichtet agieren. Sie lassen sich auch nicht von einer Sprache provozieren, deren Ursprünge in dunkler Vergangenheit liegen, weil Sie über ein positives Menschenbild verfügen. Und die Kolleginnen und Kollegen, denen es möglicherweise momentan nicht vergönnt ist, in einem positiv gestimmten Umfeld zu arbeiten, ermuntern wir zu Optimismus und Ausdauer, denn gute Laune steckt an. Damit werden Sie nahezu immun gegen unberechtigte Anfeindungen. Toleranz ist ein Zeichen von innerer Stärke und gefestigtem Charakter. Gelassenheit ist ebenfalls an den Tag zu legen, wenn Berufsverbände ihre Größe übermäßig hervorheben. Die Wissenschaft belegt, dass übertriebene Größe regelmäßig in eine evolutionäre Sackgasse führte.

■ Manche haben eine Brille, manche brauchen ein Visier

Der VBB-Bereich IX, der besonders unsere Ausrüster und Ausrüsterinnen vertritt, hat schnell und eigenständig sein traditionsreiches wie „berühmtes“ Informationsblatt als „Sonderbrille“ herausgegeben. Darin wird verdeutlicht, was unsere Mitglieder vor Ort so beschäftigt. Und als die Gerüchteküche

wieder zu brodeln anfang, war es der VBB, der in Berlin direkt das Gespräch mit den Staatssekretären und so manchem MdB gesucht hat, um der Wahrheit auf den Grund zu gehen und einmal mehr zu mahnen, nicht schon wieder die nächste Reform der Reform der Reform anzustoßen, sondern vielmehr mit Besonnenheit zu agieren.

Falls Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, ins Visier feindlich auftretender Verbände geraten sollten, deeskalieren Sie oder wenden Sie sich zur Unterstützung an Ihre VBB-Verbandskollegen. Sowohl die Brille als auch die Sonderbrille wird wahrgenommen, und das scheint unserem Mitbewerber nicht zu gefallen, und anstatt sich mit der Sache auseinanderzusetzen, wirft er lieber Blendgranaten. Wir gratulieren vielmehr den Verfasserinnen und Verfassern dieser Publikationen. Es ist schön und motivierend, wenn die regionale Verbandsarbeit Verbreitung findet, weit über den Bereich IX hinaus!

■ Verbal besser abrüsten und materiell besser ausrüsten

Wir nehmen die Meinungen unserer Mitglieder sehr ernst, und zum Schutz der VBB-Mitglieder, ja, aller Beamtinnen und Beamten, empfehlen wir dem zahlenmäßig größten Berufsverband der Bundeswehr bei allem Respekt die Anschaffung eines großen Besens, damit mal wieder vor der eigenen Haustür ordentlich gekehrt wird. Dem VBB geht es um die Sache und nur darum!



Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB)

Baumschulallee 18a, 53115 Bonn, Telefon: 0228–389270, mail@vbb-bund.de

VBB-Presseerklärung vom 02. Februar 2018

GroKo plant Reform bei der Rüstungsbeschaffung

02.02.2018 – 16:50

Bonn (ots) - Mit großem Unverständnis hat der Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) die Vorstellungen der möglichen Großkoalitionäre aus Union und SPD zur Umorganisation des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) zur Kenntnis genommen.

Nach einem Bericht der Wirtschaftswoche sei geplant, das Beschaffungsamt in Koblenz nach dem Vorbild der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg umzuwandeln um dadurch Verzögerungen und Fehlplanungen beim Kauf von Waffen und Wehrtechnik zu vermeiden. „Verbesserungen bei Beschaffung und Nutzung erreicht man nicht durch permanentes Umorganisieren, sondern durch effiziente Verfahrensabläufe und interne prozessorientierte Strukturen“, so der Bundesvorsitzende des VBB, Wolfram Kamm, in einer ersten Stellungnahme. „Die Beamtinnen und Beamten in Koblenz sind es einfach leid, dass man ihnen ständig den schwarzen Peter zuschiebt und nicht über Vereinfachungen im Vergaberecht sowie für eine zeitliche Straffung sowohl im Verfahrensgang als auch bei der parlamentarischen Begleitung sorgt“, so Kamm weiter. „Auch über die Attraktivität des Arbeitsplatzes, berufliche Perspektiven und ein leistungsgerechtes Bezahlungssystem muss endlich entschieden werden.“

Enttäuscht zeigt sich der VBB angesichts dieser neuen Entwicklung auch deshalb, weil die für die Rüstung zuständige Staatssekretärin, Dr. Katrin Suder, in einem kürzlich geführten Gespräch mit dem Verbandsvorsitzenden auch aus verfassungsrechtlichen Erwägungen heraus die Umwandlung in eine Agentur nach dem Vorbild der Bundesagentur für Arbeit ausgeschlossen hatte. „Entweder wurden wir hinter die Fichte geführt oder die Rüstungsstaatssekretärin ist nicht auf der Höhe der Zeit – beides ist gleichermaßen für ein gedeihliches Miteinander schädlich“ äußert sich der Bundesvorsitzende.

Als die maßgebliche Interessenvertretung der Beamtinnen und Beamten in der Bundeswehr fordert der VBB im Interesse aller Beschäftigten im Rüstungsbereich ein Ende des organisatorischen Abenteuerertums und schnellstmöglich Transparenz und Klarheit zur Zukunft des BAAINBw und seines Geschäftsbereiches.

Pressekontakt:

Wolfram Kamm

Bundesvorsitzender des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB)

Baumschulallee 18 a

53115 Bonn

Telefon: 0228/389270

E-Mail: mail@vbb-bund.de

Internet: [www.vbb-bund](http://www.vbb-bund.de)

Gespräche aufgenommen

Zu einem ersten Gespräch in der neuen Legislaturperiode trafen sich der „neue alte“ Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Wolfgang Hellmich MdB (SPD), und der Bundesvorsitzende des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB), Wolfram Kamm.

Der Bundesvorsitzende überbrachte die Glückwünsche des Verbandes zur erneuten Wahl als Vorsitzender des Verteidigungsausschusses. Im Mittelpunkt des Gespräches stand natürlich eine Nachbetrachtung der letzten Wochen rund um die Sondierungen zur Bildung einer neuen Großen Koalition wie auch Fragen der weiteren

Entwicklungen in der Bundeswehr bezogen auf Personal, Material und Organisation.

Wolfram Kamm warb um Unterstützung bei den Themen Attraktivität, einer gesetzlichen Regelung für Beamtinnen und Beamte in Auslandseinsätzen und ebenso bei einer einheitlichen Lösung bei der angedachten Wahlmöglichkeit zwischen Trennungsgeld und Umzugskosten (wir haben an anderer Stelle darüber berichtet).

Es wurde vereinbart, zeitnah ein weiteres Gespräch über alle aktuellen Themen zu führen.



© VBB

Travel Management – dringender Handlungsbedarf erforderlich

In einem Gespräch mit Staatssekretär Hoofe hat der Bundesvorsitzende des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB), Wolfram Kamm, auf die immer dramatischer werdende Situation im Bereich des Travel Managements (TM) in der Bundeswehr hingewiesen.

Der VBB hatte sich zu Beginn der vergangenen Legislaturperiode gegen die beabsichtigte Verlagerung der entsprechenden Aufgaben und des Personals in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums des Innern (BMI) ausgesprochen. Die Entscheidung der Bundesministerin der Verteidigung, Frau Dr. Ursula von der Leyen, das zentralisierte TM nicht abzugeben, haben wir begrüßt. In Bezug auf die Zentralisierung haben wir stets darauf hingewiesen, dass dieses nur dort Sinn macht, wo beispielsweise



© NicoElNino / Fotolia.com

kein oder nur ein geringer Beratungsbedarf besteht. In allen anderen Fällen, zum Beispiel bei der Abrechnung von Besonderen Dienstgeschäften, wo eine „Kundennähe“ gefordert ist, sollte unseres Erachtens Aufgabe und Personal zurück in die Fläche gegeben werden. Dem wollte sich das Bundesministerium der Verteidigung seinerzeit nicht anschließen. Mittlerweile hat sich wohl die

Einsicht durchgesetzt, dass ein striktes Festhalten an der Zentralisierung von TM nicht zweckdienlich ist. Eine „Redezentralisierung“ und Übertragung von Aufgaben der Reiseplanung und Abrechnung an die jeweiligen Bundeswehredienstleistungszentren (BwDLZ) macht jedoch nur Sinn, wenn neben der Aufgabe auch das entsprechende Personal zur Verfügung steht. Der VBB hat

Herrn Hoofe gebeten hier für einen notwendigen Gleichklang Sorge zu tragen. Die derzeitige Situation sei weder für die zu betreuenden Soldatinnen und Soldaten und erst recht nicht für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen zumutbar. Die derzeitigen Belastungen für das Personal in den abrechnenden Dienststellen sind nicht mehr hinnehmbar. Bei allen möglicherweise geplanten organisatorischen Veränderungen ist es aus unserer Sicht dringend geboten, das betroffene Personal über geplante Veränderungen in der Ablauf- und Aufbauorganisation zu informieren, um bereits jetzt bestehende Unsicherheiten bei den Beschäftigten auszuräumen.

Über die weitere Entwicklung werden wir Sie auf dem Laufenden halten.

Die Jugend von heute ...

„Die Jugend liebt heutzutage den Luxus. Sie hat schlechte Manieren, verachtet die Autorität, hat keinen Respekt vor älteren Leuten und schwatzt, wo sie arbeiten soll. Die jungen Leute stehen nicht mehr auf, wenn Ältere das Zimmer betreten. Sie widersprechen ihren Eltern, schwadronieren in der Gesellschaft, verschlingen bei Tisch die Süßspeisen, legen die Beine übereinander und tyrannisieren ihre Lehrer.“ Ob Sie es glauben oder nicht: Dieses Zitat stammt von dem griechischen Philosophen Sokrates (469 – 399 v. Chr.).

Auch Aristoteles (384 – 322 v. Chr.) hat sich ähnlich dazu geäußert: „Ich habe überhaupt keine Hoffnung mehr in die Zukunft unseres Landes, wenn einmal unsere Jugend die Männer von morgen stellt. Unsere Jugend ist unerträglich, unverantwortlich und entsetzlich anzusehen.“

Doch trotz der oben zitierten Zweifel wir wissen auch: Die Jugend von heute ist die Zukunft von morgen! Denn in Zeiten von demografischem Wandel und steigendem Fachkräftemangel gewinnt die Jugend doch immer wieder an Bedeutung. Doch wer sind überhaupt diese sogenannten „Jugendlichen“? Welche Bedeutung haben sie für die Bundeswehr und welche Erwartungen bringen sie ihrerseits mit? Vor dem Hintergrund der in diesem Jahr stattfindenden Jugendvertreterwahlen möchte ich mit diesem Artikel die Jugend in den Kontext Bundeswehr einordnen:

In der Literatur versteht man unter „Jugend“ die Lebensphase zwischen Kindheit und Erwachsensein. Im Strafrecht wird der Begriff in § 1 Jugendgerichtsgesetz genauer definiert: „Jugendlicher ist, wer zur Zeit der Tat vierzehn, aber noch nicht achtzehn, Heranwachsender, wer zur Zeit der Tat achtzehn, aber

noch nicht einundzwanzig Jahre alt ist.“ Da es sich bei den Jugendlichen in der Bundeswehr jedoch nicht um solche handelt, die eine Tat begangen haben, greife ich doch lieber zurück auf die Definition des Bundespersonalvertretungsgesetzes. Dort steht in § 57 geschrieben: „[...] die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben (jugendliche Beschäftigte) oder die sich in einer beruflichen Ausbildung befinden und das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben [...]“

Doch völlig losgelöst von Gesetzestexten und nach eigenem Ermessen würde ich den Begriff folgendermaßen definieren: Jugendlicher ist, wer sich einfach noch jung fühlt, voller Tatendrang ist und mit Motivation und Elan sein Leben gestaltet. Kurz gesagt: Man ist so alt, wie man sich fühlt.

Die Jugend von heute ... wünscht sich mehr Freizeit

In Zeiten von „Netflix & Chill“ machen sich die Jugendlichen keine Gedanken über ihre Zukunft. Sie hängen nur vor dem Fernseher oder laufen wie „Smombies“ durch die Gegend. Smombie ist ein Kofferwort aus den Begriffen „Smartphone“ und „Zombie“. Laut Langenscheidt sind damit Menschen gemeint, die durch den ständigen Blick auf ihr Smartphone so stark abgelenkt sind, dass sie ihre Umgebung kaum noch wahrnehmen. (Aristoteles würde sich im Grabe umdrehen.)

Für die Leser unter Ihnen, die mit „Netflix & Chill“ nichts anfangen können: Netflix ist ein Streaming-Dienst im Internet, mit dem man sich eine Reihe vieler Filme und Serien anschauen kann. Ich persönlich schaue in den Wintermonaten nach dem Dienst sehr gerne Serien auf Netflix. Im Winter 2016

wuchs meine Freude, als ich erfuhr, dass sich das Bundesministerium des Innern gesprächsbereit bezüglich der Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit von Beamtinnen und Beamten von 41 Stunden auf 39 Stunden zeigte. (Schließlich hätte ich dadurch zwei Stunden mehr in der Woche Zeit, um mir Serien anzuschauen.) Als Ende November 2017 mitgeteilt wurde, dass die Gespräche abgebrochen wurden, war das eine riesige Enttäuschung. Nicht nur weil mir die Hoffnung und Vorfreude auf zwei Stunden mehr Freizeit in der Woche genommen wurde, sondern weil mir die Ungleichbehandlung der Beamtinnen und Beamten gegenüber Tarifbeschäftigten mit denselben Tätigkeitsbereichen widerstrebt. Deswegen ist es gerade jetzt die Aufgabe von uns Jugendlichen, für unsere Rechte einzustehen und unsere Forderung laut zu kommunizieren.

Die Jugend von heute ... wünscht sich Karriere und Familie:

So wie sich das sicherheitspolitische Umfeld ändert, verändert sich auch die Gesellschaft und zum Teil ihre Werte, Normen und Ziele. In den letzten Jahrzehnten fand spürbar ein gesellschaftlicher Wandel statt: Man möchte Beruf und Familie vereinen. Man will Karriere machen, aber dennoch für die Familie da sein. Die freie Wirtschaft hat es erkannt und bietet ihren Mitarbeitern attraktive Angebote.

Der Bund als Dienstherr darf diesen gesellschaftlichen Wandel nicht verschlafen. Erste Schritte zur Steigerung der Attraktivität hat man bereits eingeschlagen, die der VBB begrüßt und weiterhin begleitet. Aber keine Besoldungserhöhung, keine Zuschläge und kein BGM gleicht die erteilte Absage bezüglich der geforderten Stun-

denreduzierung aus. Der Bund muss der Gesellschaft gegenüber als Vorbild auftreten und signalisieren, dass auch er den Wandel, nämlich Beruf und Familie zu vereinen, unterstützt. Vorbildliches und gesetzestreuere Auftreten in der Öffentlichkeit wird von uns Beamten schließlich auch erwartet.

Der Leiter der Dienstrechtsabteilung im Bundesministerium des Innern, Ansgar Hollah, nutzte ein durch den Behörden Spiegel durchgeführtes Symposium zum Dienstrecht dazu, seine ablehnende Haltung öffentlich zu erklären. Ein vorheriges Gespräch mit den Gewerkschaften und Verbänden fand nicht statt.

Junge Leute sind heutzutage gegenüber dem öffentlichen Dienst als Arbeitgeber sehr offen. Der Bund darf die Chance nicht verpassen, noch attraktiver zu werden und muss sich gegenüber neuen Entwicklungen offen zeigen. Die Gesellschaft ist bereit für neue Entwicklungen und wir, die Beamten, sind es auch!

Die Jugend von heute ... möchte von der Jugend von gestern lernen

Die Jugend von gestern sind die Führungskräfte von heute. Diese Kolleginnen und Kollegen haben über lange Zeiten Wissen erworben, das in den kommenden Jahren altersbedingt in den Ruhestand treten wird. Dieses Wissen darf nicht verloren gehen. Das frühzeitige Einbinden der Jugend hat einen Wissenstransfer zur Folge und dies gilt es im Dienst und in der Verbandsarbeit zu gewährleisten. Hier möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass dies auch den VBB betrifft. Der VBB engagiert sich sehr stark für seine Mitglieder, doch eine VBB-Jugend konnte sich im Vergleich zu anderen Verbänden bisher nicht organisieren. Lebenserfahrene Kolleginnen und Kollegen sind aufgerufen, mit ihrem Charme und

ihrer Überzeugungskraft dafür Sorge zu tragen, jungen Beamtinnen und Beamten den VBB als „den Verband für die Bundeswehrbeamten“ näherzubringen und sie zu integrieren. Sie sollten frühzeitig erkennen, dass man sich auch im Dienst engagieren kann, bspw. in Interessensvertretungen. Hierbei sollte man aber nicht nur auf das über Jahre hinweg erworbene Wissen beharren. Die jungen Beamtinnen und Beamten mögen hinsichtlich dienstlicher Angelegenheiten naiv und unerfahren sein, doch gerade das Nichtwissen animiert sie dazu, verschiedene Wege zur Erreichung ihrer Ziele einzuschlagen. Ein „Das machen wir seit Jahren so“ sollte nicht Usus sein. Beide Altersgruppen können voneinander lernen und so die Dinge aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten.

■ Der VBB ist in den Jugendvertretungen engagiert und aktiv

Gemeinsam mit dem VAB ist der VBB mit zwei Sitzen in der Haupt-, Jugend- und Auszubildendenvertretung beim BMVg vertreten und engagiert sich dort für die Belange der Anwärterinnen und Anwärter. Es konnten bereits einige den Laufbahnnachwuchs betreffende Unstimmigkeiten und Probleme gelöst werden. Und auch einige Neuerungen und Optimierungen für die Laufbahnausbildung konnten erzielt werden.

So hat sich der VBB dafür eingesetzt, dass Anwärterinnen und Anwärter des nichttechnischen Verwaltungsdienstes SASPF-Zugänge schon während der Laufbahnausbildung zur Verfügung gestellt bekommen, sodass sie bereits im Vorbereitungsdienst aktiv im System mitarbeiten können. Dies ist notwendig, damit unsere Nachwuchskräfte hochwertig für ihre dienstliche Zukunft in der Bundeswehr ausgebildet werden können. Eine aktive Mitarbeit und zielgerichtete Ausbildung kann somit gewährleistet werden.

Diesen Erfolg hat der VBB mit vorhandenem Wissen der lebenserfahrenen Kollegen erzielt. Erfolg setzt voraus, dass im Vorfeld Ziele definiert werden. Ein nennenswertes Ziel ist die stetige Verbesserung der Ausbildung; dafür wird sich der

> Über den Autor



© VBB

Name: Dursun
Vorname: Ceyhan
Alter: 25
Geburtsort: Dorsten, NRW
Sternzeichen: Zwilling
Bw-Eintritt: 09/2011
Ausbildungs-BwDLZ: Münster
Hassfach in der Laufbahnausbildung: Haushalt/FM
Lieblingsfach in der Laufbahnausbildung: Beamtenrecht/ATS
Derzeitige Verwendung: Referat V 2.2.2 im Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr
Im VBB seit: 10/2011
In der HJAV seit: 05/2016 (und es macht mir nach wie vor Spaß)
Das mache ich in meiner Freizeit: lesen (Thriller & Psychothriller), netflixen, reisen (vor allem für kurze Städtetrips bin ich immer zu haben), Essen gehen (ja, ich gebe gerne mein Geld für Essen aus), Open-Air-Partys/Festivals, mit Freunden etwas unternehmen, mit der Familie Zeit verbringen, meine Neffen ärgern

VBB auch in Zukunft unermüdlich einsetzen.

Dienstältere Kolleginnen und Kollegen rufen wir daher auf, junge Beamtinnen und Beamte stets zu motivieren und auch

den komplexen Strukturen der Bundeswehr nicht nachzugehen, sondern sich immer wieder zu engagieren.

Damit dieses Engagement weiterhin bestehen bleibt,

ist es wichtig, dass der VBB in den entsprechenden Gremien vertreten ist. Wie eingangs erwähnt, möchte ich daher auf die Wahlen der Gremien der Jugendvertreter aufmerksam machen,

die in diesem Jahr stattfinden.

Der VBB wird kandidieren und mit Ihrer Unterstützung sein Bestmögliches geben!

Ceyhan Dursun

EinkaufBw: Vom Musterschüler zum Problemkind?

„Ersatzteile fehlen, kein U-Boot einsatzbereit“, das war die Schlagzeile beim NDR. „Defekte U-Boote, Flugzeuge und Panzer: Steht bei der Bundeswehr bald alles still?“, fragt der FOCUS. Die Einsatzbereitschaft ist in Gefahr, weil die Ersatzteile fehlen, denn der Einkauf liefert nicht so, wie er soll! Diese Schlussfolgerung liegt nahe, ist aber zu einfach.

► Einkauf der Bundeswehr? Wir haben doch den CPM!

Selbstverständlich dominieren bedeutende Waffensysteme und militärische Entwicklungen die Außenwahrnehmung der Rüstung, ja der gesamten Bundeswehr. In der Bundeswehrsprache sind das dann Materielle Lösungen nach CPM. Diese Beschaffungen reichen aber bei Weitem nicht aus, um eine Armee im Grundbetrieb und Einsatz zu betreiben. Zusätzlich werden entweder sogenannte Komplexe Dienstleistungen (z. B. BwFuhrparkService) vergeben oder es fallen die sogenannten Betriebsbedingten Beschaffungen an, wofür eine zuverlässige Einkaufsorganisation benötigt wird.

Um dies zu verdeutlichen stellen Sie sich einfach vor, Sie hätten ein zulassungsfähiges Fahrzeug (Materielle Lösung) gekauft. Um dieses Fahrzeug zu betreiben, benötigen sie beispielsweise Versicherun-

gen und Werkstätten (Komplexe Dienstleistungen). Während der Nutzung sind Betriebsstoffe, geeignete Ersatzteile, Versorgungsartikel und vieles mehr (Betriebsbedingte Beschaffungen) einzukaufen. Im Laufe der Zeit geben Sie dafür erstaunlich viel Geld aus.

Der EinkaufBw ist ein Wirtschaftsfaktor und setzt pro Jahr einen mittleren einstelligen Milliardenbetrag um, damit der weltweite Betrieb der Bundeswehr aufrechterhalten wird. Dahinter steckt viel Fleiß, denn ohne Einkauf geht es nicht!

► Wir. Sind. Anders.

Im Gegensatz zu anderen Bundesressorts oder Bundesländern ist die Beschaffung bzw. der Einkauf ein Dienstleister für die gesamte Logistik der Bundeswehr. Dies zeigt sich in vielen Facetten, denn es sind zentral wie dezentral Millionen Versorgungsartikel zu bewirtschaften, die darüber hinaus aus sehr vielen Branchen zu beschaffen sind. Häufig machen die militärischen Anforderungen die benötigten Produkte sehr speziell und damit teuer, denn es gibt dann nur wenige qualifizierte Anbieter und überdies ist die Nachfrage der Bundeswehr kaum planbar. Andere Beschaffungsorganisationen des Bundes unterschätzen gerne gerade diese Spezialisierung. Allerdings darf der militärisch getriebene Bedarf kein Tot-

schlagargument gegen engere Zusammenarbeit im gemeinsamen Kaufhaus des Bundes sein.

► Früher war mehr Beschaffung!

Bis nach dem Ende des Kalten Krieges wurden Versorgungsartikel in bedeutend größeren Stückzahlen beschafft, erhebliche Sicherheitsreserven eingelagert und auch deutlich mehr verbraucht. Das sorgte für hohe Versorgungssicherheit in der Bundeswehr und gute Auftragslage bei den Anbietern. Allerdings muss eine derartig aufwendige Logistik auch bezahlt werden. Gerade wenn die Leistungsfähigkeit und die Kosten ziviler logistischer Verfahren als Benchmark dienten, sah die Bundeswehr sehr alt aus. „Bessere Versorgung zu niedrigeren Kosten!“, forderte deshalb der damalige Generalinspekteur, was zur grundlegenden Reform der Bundeswehrlogistik führte. Dem Einkauf kam dabei eine herausragende Rolle zu: Handelsübliche Produkte sollten in Sortimenten gebündelt und nach Bedarfsermittlung möglichst für die gesamte Bundeswehr unter Vertrag genommen werden. Die bundesweit verteilten Beschaffer müssen dann nur aus diesen zentralen Bündelungsrahmenverträgen abrufen und abrechnen, um direkt beliefert zu werden. Weniger Verträge, weniger Logistik, weniger Personal, weniger Kosten, gegenüber mehr Standardisierung, mehr Digitalisierung und schnellere Lieferung, so sah die Gleichung aus. Vom aufwendigen „Jeder beschafft alles“ hin zum strategisch ausgerichteten Einkauf sollte der Weg führen! In den Präsentationen waren die Möglichkeiten

des strategischen Einkaufs schier unbegrenzt, die zu hebenden Potenziale geradezu gigantisch. Kräftig wurde für diese Ideen geworben, zumal die Pilotsortimente tatsächlich recht erfolgreich waren. Die Bäume des Einkaufs schienen in den Himmel zu wachsen!

► Die Grenzen des Wachstums

Tolle Ideen von externen Beratern und hohe Motivation der Beteiligten reichen aber bei Weitem nicht aus, um eine große und vielfältige Organisation wie die Bundeswehr auf strategischen Einkauf umzustellen. Eine ehrliche Bilanz der letzten zehn Jahre bringt dies zutage. Sinnvolle Sortimentsbildung setzt in gewissem Maße Standardisierung voraus, zudem sind aktuelle technische Leistungsbeschreibungen notwendig, wenn der Einkauf nicht vergaberechtlich Schiffbruch erleiden soll. Der häufig unsteuere Bedarf ist zu prognostizieren, bedarfsgerechte und wirtschaftliche Packungsgrößen zu definieren. Schließlich sind die notwendigen Haushaltsmittel bereitzustellen, ein IT-gestütztes Bestellwerkzeug bundeswehrweit verfügbar zu machen und alternative Bestellwege zu sperren. Dezentrale Beschaffer sollten ihre lokale Marktmacht teilweise aufgeben und zentral beschaffen, damit die Bundeswehr insgesamt wirtschaftlich agieren kann. Letztlich führte diese Zentralisierung zu vielen kleinen Verschiebungen, ohne dass darauf zielgerichtet reagiert werden konnte. Was gab es deshalb viele organisationsbereichsübergreifende Veranstaltungen, gemeinsame Teilprojekte, Berichte, Maßnah-

men, um den vorstehenden Herausforderungen Herr zu werden! Aber dennoch, das zu optimistische Werbeversprechen des Einkaufs konnte nicht gehalten werden. Zu viel Theorie, zu viele Anglizismen, zu wenig Durchsetzungskraft! Diesen Eindruck hatten manche Kritiker. Bald herrschte Stimmung wie beim Waldsterben, zumal die SASPF-Einführung ihre dunklen Schatten vorauswarf.

► Ohne Banf kein Kampf!

Im Rahmen des Projektes der Standard-Software-Anwendungsprodukt-Familie SASPF definiert sich der Begriff Bestellanforderung (Banf) als Aufforderung an den Einkauf, ein Material oder eine Dienstleistung in einer definierten Menge zu einem bestimmten Termin zu beschaffen. Zusammen mit der Einführung des AI-Vergabemanagers, einer datenbankbasierten Softwarelösung für Vergabestellen, sollte die Abwicklung von Vergabeverfahren im Einkauf damit spürbar erleichtert und beschleunigt werden.

Dies setzt voraus, dass die Einkäufer, also die Anwender, vorab ausgebildet wurden, um die Software versiert mit den notwendigen Beschaffungsdaten zu befüllen. Nur so kann der Beschaffungsprozess zum Erfolg geführt werden. Man ahnt es schon: Jede Migration nach SASPF fordert ihre Opfer, weil alle Datenmängel der Vergangenheit schlagartig ans Tageslicht gebracht und mühsam abgestellt werden müssen.

Die Opfer hier waren die „Einkaufsperformance“, die Geduld der Bedarfsträger und die Nerven der Einkäufer. Als Kollateralschaden waren zumindest zeitweise die Nerven unserer Rüstungsstaatssekretärin betroffen, denn der daraus resultierende Banf-Stau wirkte sich negativ auf die ganze Bundeswehr aus und über dessen Fol-

gen wurden in der Presse berichtet. Dr. *Suder* hat sich nicht nur ins ferne Berlin berichten lassen, sie ist ihrem Ruf treu geblieben und hat sich vor Ort in Koblenz gezielt informiert. Gut so, denn wie gesagt, ohne Einkauf geht es nicht. Grundbetrieb und Einsatz gehen ohne Ersatzteile ebenfalls nicht. Einkauf ohne geeignete Stammdaten geht überhaupt nicht.

► Einkauf – die unterschätzte Aufgabe

Manchmal hilft der Blick über den Tellerrand. Die Direktorin des Beschaffungsamtes des Bundesinnenministeriums, Dr. Birgit *Settekorn*, skizzierte kürzlich in einem öffentlichen Vortrag den Wandel. Unter dem Titel „Vom operativen zum strategischen Beschaffer“ machte sie zunächst deutlich, dass zwar das Vergaberecht in den vergangenen Jahren immer umfangreicher geworden ist, der finanzielle Druck immer mehr zugenommen hat und die Erwartungen an die Beschaffer stetig gestiegen sind – aber die Rahmenbedingungen für diese Arbeit nicht Schritt gehalten haben. Dr. *Settekorn* unterstrich, dass die Aufgabe eine der anspruchsvollsten sei, die der öffentliche Dienst derzeit zu bieten habe: „Beschafferinnen und Beschaffer müssen Virtuosen sein, die die Ziele techno-ökonomischer Projekte in einem rechtlichen Korsett in allen Aspekten pragmatisch und lösungsorientiert zum Erfolg führen. Hierbei dürfen sie die politischen Rand- und Rahmenbedingungen nicht aus den Augen verlieren.“

Kehren wir zurück zur Bundeswehr und deren Rahmenbedingungen. Überall fehlen verlässliche und brauchbare Daten in der Bundeswehr, nicht nur für den Einkauf. Das Kaputtsparen gestern kommt uns heute teuer zu stehen, aber jammern hilft nicht. Diese Mängel müssen schnellstmöglich abgestellt werden, sonst wird das Chaos nur noch schlimmer. Der Ein-

kaufBw ist in diesem Falle nicht das Problem, er bringt nur die Probleme an die Oberfläche.

Dazu kommt noch die Auftragsflut. Wenn die Banf-Bearbeitung immer noch so aufwändig ist und Ersatzteile fehlen, muss sich die Logistik von pseudo-wirtschaftlichen Kleinstbestellungen lösen und marktgemessene Sortimente unter Vertrag nehmen. Vor allem wenn es um Ersatzteile mit speziellen Eigenschaften geht, sind realistische strategische Reichweiten von größter Bedeutung. Diese Lektion hat auch die Automotive-Industrie gelernt, als Fertigungsbänder wegen Teilemangel stillstanden und zu großem wirtschaftlichen Schaden führten. Eine zu schlanke Logistik verkräftet kaum Störungen. Also müssen dahingehend weniger, aber bessere Bestellanforderungen an den Einkauf gehen und angemessene Vorräte gelagert werden. Rechtlich einwandfreie Vergaben dauern ihre Zeit und die gewerbliche Wirtschaft wartet nicht auf die Bundeswehr. Eine zuverlässige Logistik muss diese Rahmenbedingungen verstehen und berücksichtigen.

► Zu wenig Personal für zu viele Aufträge?

Aktuell wird der Einkauf personell verstärkt, aber der reflexartige Ruf nach noch mehr qualifiziertem Personal führt allein nicht zur dauerhaften Lageverbesserung, weil es dieses zusätzliche Personal schlicht nicht geben wird. Es ist schon schwierig genug, das vorhandene Personal zu halten, weil die Arbeitsbedingungen dem Vernehmen nach wenig attraktiv und der Krankenstand hoch ist.

► Schlechte Stimmung trotz guter Auftragslage, wie kommt denn das?

Nun, PowerWorkshops, Roundtables, Scorecards und dergleichen mehr, der ganze „dengli-

sche“ Überbau geht vielen Leuten auf die Nerven, weil er als zeitraubender Aktionismus und nicht als praktische Hilfe empfunden wird. Schließlich läuft die Optimierung des Einkaufs zum Musterschüler schon seit vielen Jahren. Wenn aber die zu hoch gesteckten Ziele nicht erreicht werden, weil der Bearbeitungsfluss stockt, wird man leicht als Problemkind wahrgenommen. Das wiederum schlägt auf die Stimmung und senkt die Arbeitszufriedenheit. Schade drum, denn eigentlich ist der EinkaufBw ein mächtiges Zukunftsprojekt mit hohem Attraktivitätspotenzial an der Schnittstelle von gewerblicher Wirtschaft und öffentlicher Beschaffung. Identifikationsstiftend ist der EinkaufBw allemal, denn er stattet unsere Soldatinnen und Soldaten mit bestmöglichem Material aus, wenn die Rand- und Rahmenbedingungen dies erlauben. Positive Beispiele gibt es mehr als genug, darüber berichtet die Presse leider nicht.

► Raus aus der Krise, ran an die Banf

Im Vordergrund muss noch mehr die originäre Dienstleistung stehen. Wie sich der zukünftige Einkauf alternativ ausgestaltet, interessiert den Bedarfsträger vor Ort kaum, er will vorrangig sein benötigtes Material. Wer zu viel optimiert, macht sich selbst schlecht.

Im Mittelpunkt müssen aus Sicht des VBB die Beschafferinnen und Beschaffer stehen, damit der Einkauf so liefert, wie er soll. Ein gutes Arbeitsklima kann beflügeln, realistische Zielsetzungen können Arbeitszufriedenheit schaffen.

Im Hintergrund wird das Beschaffungsamtes des Bundesinnenministeriums überwiegend positiv wahrgenommen. Demgegenüber ist die Wahrnehmung des EinkaufBw gemischt, obwohl der EinkaufBw durchaus liefert. Das gibt einem zu denken. ■

Branchentage 2018

Hoch qualifizierte Arbeit erfordert hohe Anerkennung bei der Tarifrunde



© Roberto Pfeil

Zu einem sogenannten Branchentag im Rahmen der Einkommensrunde 2018 trafen sich Tarifbeschäftigte und Beamtinnen und Beamte der Bundeswehr in der Luftwaffenkaserne in Köln-Wahn.

Mit diesen Aktionstagen hat der dbb beamtenbund und tarifunion im Vorfeld der Sitzung der Bundestarifkommission des dbb die anstehende Einkommensrunde 2018 eingeleitet.

Die zivilen Beschäftigten sollten die Möglichkeit erhalten, ihre Forderungen, Wünsche und Vorstellungen für die Tarifverhandlungen zu äußern. Diese Losung hatte der Fachvorstand Tarifpolitik im dbb, Volker Geyer, zu Beginn seiner Ausführungen ausgegeben. Und die zahlreich erschienen Kolleginnen und Kollegen machten reichlich Gebrauch von der Möglichkeit, ihren Vertretern in der Bundestarifkommission einen Forderungskatalog mit auf den Weg zu geben.

An dem vom Verband der Arbeitnehmer der Bundeswehr (VAB) zusammen mit dem dbb organisierten Branchentag nahm erstmalig auf Einladung auch der Bundesvorsitzende des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB), Wolfram Kamm, teil.

Für die Beamtinnen und Beamten soll ja nach Aussage aus dem Bundesministerium des Innern (BMI) der Tarifabschluss zeit- und inhaltsgleich übertragen werden. Für die Beamtinnen und Beamten der Bundeswehr forderte der Bundesvorsitzende in seinem Eingangsstatement eine hohe prozentuale Erhöhung und diese verbunden mit einer hohen Einmalzahlung. Eine klare Absage erteilte Wolfram Kamm der Zahlung eines Sockelbetrages. Das Bundesverfassungsgericht hatte in einem Urteil bereits einmal auf ein einzuhaltendes Abstandsgebot zwischen den Laufbahngruppen

hingewiesen. Dieses auch aufgrund unterschiedlicher Zugangsvoraussetzungen und Qualifikationen für den einfachen, mittleren, gehobenen und höheren Dienst.

Daneben forderte der Bundesvorsitzende vehement den Einstieg in die Angleichung der wöchentlichen Arbeitszeit für die Beamtinnen und Beamten der Bundeswehr an die der Tarifbeschäftigten. Die unterschiedlichen Wochenarbeitszeiten würden als gravierende Ungerechtigkeit empfunden und eine Angleichung sei nunmehr dringend geboten. Im Rahmen der sich anschließenden Diskussion wurden diese Aussagen von den anwesenden Kolleginnen und Kollegen einhellig begrüßt. Die Erwartungshaltung an die Verhandlungsführer des dbb, für einen sehr guten Abschluss zu kämpfen, war erkennbar hoch. ■

Bündelung im einfachen Dienst – keine Erprobungszeit nach § 34 BLV erforderlich

Die neue Dotierungsbündelung im einfachen Dienst (BesGr A 4 bis A 6) löst nicht das Erfordernis einer Erprobungs-/Bewährungszeit nach § 34 der Bundeslaufbahnverordnung aus.

Kolleginnen und Kollegen in A 4 oder A 5, welche die allgemeinen Beförderungsvoraussetzungen erfüllen, müssen also nach einer Dienstpostenhebung nach A 4/A 6 nicht zunächst sechs Monate „erprobt“ werden, um nach A 5 oder A 6 befördert werden zu können.



© Marco2811 / Fotobase.com

Der Hauptpersonalrat hat beim Bundesamt für das Personal-

management der Bundeswehr bereits eine Klarstellung ange-

stoßen; insbesondere soweit durch Personalverfügungen der Eindruck erweckt worden war, eine bündelungsbedingt „höherwertig“ gewordene Stelle erfordere eine solche Erprobung/Bewährung.

Wir gehen davon aus, dass mögliche Beförderungen nun unverzüglich angegangen werden und Nachteile für die Kolleginnen und Kollegen des einfachen Dienstes durch rückwirkende Planstelleneinweisungen vermieden werden können. ■

Keine Verschärfung der Quoten bei Beurteilungen

Kursierende Gerüchte zu einer Verschärfung der Beurteilungsquoten hatten unnötig für Aufregung gesorgt.

Nachdem der Hauptpersonalrat bereits bei Sondierungen der

Amtsseite skeptisch/ablehnend Position bezogen hatte, besteht nun Klarheit. Im amtlichen Entwurf neuer Beurteilungsrichtlinien sind Verschärfungen der Quoten für die Bewertungsstufen nicht enthalten. ■



© pixelkorn / Fotolia.com

Newsletter zu internen Ausschreibungen – Fehler behoben

In diversen Newslettern zu internen Stellenausschreibungen war Ende 2017 wegen eines technischen

Fehlers fälschlich die Meldung generiert worden, dass „keine neuen Stellenausschreibungen“ vorliegen.



© Web Buttons Inc / Fotolia.com

Das zuständige Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr (BAPersBw) hat auf entsprechende Hinweise des Hauptpersonalrats sehr schnell reagiert und den Fehler behoben.

Vielen Dank liebe Kolleginnen und Kollegen beim BAPersBw!

Interne Stellenausschreibungen findet man im Intranet der Bundeswehr unter: bewerbung.bundeswehr.org ■

Kennen Sie Ihren zuständigen Sozialdienst?



Wer als Angehöriger der Bundeswehr oder dessen Familienangehöriger diese Frage verneinen muss, erhält jetzt die komfortable Möglichkeit, seinen Sozialdienst der Bundeswehr ganz einfach über die neue Suchmaschine zu ermitteln. Geben Sie lediglich Ihre Postleitzahl ein und Sie erhalten sofort die notwendigen Kontaktdaten Ihres Sozialdienstes.

Wie gelange ich an diese Sozialdienst-Suche?

Geben Sie im Internet-Browser www.sozialdienst.bundeswehr.de ein und Sie gelangen direkt auf die Startseite des Sozialdienstes der Bundeswehr. Dort befindet sich auf der rechten Seite ein entsprechendes Feld mit der Bezeichnung „Sozialdienst-Suche“.

Ergreifen Sie die Chance, unkompliziert auf diesem Wege Ihren Sozialdienst mit seinem breiten Beratungsspektrum kennenzulernen.

„Wir geben der Fürsorge ein Gesicht“ und freuen uns auf Ihren Anruf!

Ihr Sozialdienst der Bundeswehr

Nebentätigkeitsgenehmigung für Beamte

Regelarbeitszeit von 48 Stunden

Das OVG für das Land Schleswig-Holstein hat entschieden, dass weder nationales Recht (insbesondere hier § 13 AZV-Bereitschaftsdienst) noch europäisches Recht (Art. 6 der RL 2003/88/EG – Arbeitszeitgestaltung) es rechtfertigen, dass der Dienstherr sich auf

eine allgemeine Regelung beruft, wonach Beamten mit einer Regelarbeitszeit von 48 Stunden in der Woche die Nebentätigkeiten zu versagen sind. Dies widerspricht den gesetzlichen Wertungen des § 99 Abs. 2 BBG.



© davis / Fotolia.com

Es ist stets eine Betrachtung des konkreten Einzelfalls ge-

boten, eine pauschale Ablehnung ist nicht zulässig! ■

Rechtsschutz für VBB-Mitglieder erweitert!

Mitglieder des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) haben Anspruch auf Rechtsberatung und bei hinreichender Aussicht auf Erfolg auch Verfahrensrechtsschutz in allen Fragen des Beamten-, Dienst- und Arbeitsrechtes sowie in den unmittelbar dienstbezogenen Nebengebieten (Beihilfe etc.) – so sieht es die Rahmenrechtsschutzordnung unseres Dachverbandes dbb beamtenbund und tarifunion vor.

Auf Antrag hat nun der dbb Bundeshauptvorstand beschlossen, den Leistungskatalog um einen weiteren Aspekt zu er-



weitern. So erhalten VBB-Mitglieder ab sofort auch Rechtsschutz in Verfahren, bei denen es um Streitigkeiten rund um die Festsetzung/Einstufung des Pflegegrades geht. Gerade im Hinblick auf die weitreichende – vor allem auch finanzielle

Bedeutung für die Betroffenen bzw. ihre pflegenden Angehörigen – begrüßt der VBB diese Entscheidung ausdrücklich! Gleichzeitig ist dies auch ein Zeichen an unsere Versorgungsempfänger(innen), dass wir uns nach wie vor auch um ihre An-

gelegenheiten kümmern und es sich daher lohnt, auch nach der aktiven Zeit weiter verbandlich organisiert zu sein.

Mitglieder, die den verbandlichen Rechtsschutz in Anspruch nehmen möchten, wenden sich bitte an die zuständigen Rechtsschutzbeauftragten der einzelnen VBB-Bereiche/Landesverbände. Weitere Informationen dazu finden Sie auch auf der VBB-Homepage unter <https://www.vbb.dbb.de/service/rechtsschutz/> oder erhalten diese von der Bundesgeschäftsstelle in Bonn.

> VBB-Beamtengruppe im HPR

16

Verband der Beamten der Bundeswehr



> Stefan Hucul



> Christoph Harke



> Ute Illig



> Steffen Espig



> Frank Bartz



> Carolin Kulig

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

■ Zivile Vorgesetzten- ausbildung muss verbessert werden

Zivile Führungskräfte aller Ebenen müssen von Anfang an für ihre Rolle aus- und fortgebildet werden. Dass dabei Verbesserungsbedarf besteht, war Teil eines konstruktiven Austauschs mit Staatssekretär *Hoofe*.

Schließlich gilt es, neben der inneren Führung (Führungsprinzip für die Streitkräfte) auch das zivile Führungsverständnis in der Bundeswehr mit Leben zu füllen. Wir begrüßen, dass das Bildungszentrum der Bundeswehr (BiZBw) bereits konzeptionelle Überlegungen zur Weiterent-

wicklung der Führungskräfteausbildung anstellt und auch den Hauptpersonalrat gerne dabei einbinden möchte (so der Präsident BiZBw *Christoph Reiferscheid* gegenüber dem Sprecher der Beamtengruppe, LRDir *Stefan Hucul*). Auch in die neue Personalentwicklungskonzeption für Beamtinnen und Beamte wird der frühere Einstieg in Coachings für Führungskräfte eingebracht.

■ Fachliche Stellungnahmen bei „Sprungbewerbungen“ für sachgerechtere Verwendungsauswahl und höhere Akzeptanz

Insbesondere bei den Bundeswehrfeuerwehren gibt es der-

zeit viele „Sprungbewerbungen“ (Beispiel: A 8er bewerben sich in Konkurrenz zu A 9ern auf A 9mZ – Dienstposten). Eine Auswahl unter schematischer „Herunterrechnung“ der Beurteilungen solcher Bewerber um eine Stufe (also die Anwendung der sog. „Regelvermutung“ bei Beurteilungen nach einer Beförderung) fand in mehreren Fällen schon nicht die Zustimmung der zuständigen Personalvertretung auf der Ortsebene. Schließlich sind die Beurteilungen nur bedingt vergleichbar und das Feld konkurrierender A 9er stärker von den Beurteilungsquoten betroffen. Auf erfolgreiche Initiative des Hauptpersonalrates hat das Ministerium nun angeordnet, dass beim Zentrum Brandschutz der Bundeswehr

(ZBrdSchBw) unter Einbeziehung der jeweiligen Leitung der Feuerwache ergänzende fachliche Stellungnahmen zu den „erfolgreichen“ Sprungbewerbern einzuholen sind. Damit sollte eine solide(re) Basis für eine Einigung mit der zuständigen Personalvertretung beim ZBrdSchBw zur Verfügung stehen.

Allerdings ist ein Personalführungsbereich derzeit von einem gerichtlichen Eilverfahren (mit Blick auf die Beurteilung eines Bewerbers) betroffen, sodass Verzögerungen beim Vollzug getroffener bzw. möglicher Entscheidungen zu befürchten sind.

Für aktuelle Verfahren außerhalb der Feuerwehren unter-

stützt der Hauptpersonalrat den Ansatz, die Beurteilenden zur Anwendung der „Regelvermutung“ einzubeziehen. Mit Blick in die Zukunft dürften viele Fälle durch eine vor dem Abschluss stehende Personalentwicklungskonzeption für die Beamtinnen und Beamten der Bundeswehr erledigen.

► **Zentralanweisung „Gewinnung von ausscheidenden Soldatinnen und Soldaten auf Zeit für Laufbahnen des höheren Dienstes“ aufgehoben**

Die aus Anlass einer kritischen Hinterfragung durch den Haupt-

personalrat im Dezember 2017 aufgehobene Zentralanweisung war zumindest hinsichtlich der Vergleichbarkeit militärischer Vorverwendungen mit einer Tätigkeit auf der Ebene des höheren Dienstes missverständlich. Deshalb ist es gut, dass nun wieder bewusster eine Einzel-

fallprüfung angestellt werden muss, ob die nötige Laufbahnbefähigung für eine Direkteinstellung in ein Beamtenverhältnis vorliegt. Wir freuen uns mit neu hinzukommenden Kolleginnen und Kollegen, bei denen dies festgestellt werden kann.

> **VBB-Seminare**

VBB-Seminarreihe gestartet

In diesem Jahr wurde unsere Seminarreihe erstmalig um das Thema „Beamtenrecht“ erweitert. Die Resonanz, die diese Thematik hervorrief, war schon beeindruckend.

Über vierzig Interessenten haben sich für eine Teilnahme an diesem – von der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn als förderungswürdig anerkannten – Seminar beworben. Leider konnten aus Platzgründen nur acht Kolleginnen sowie neun Kollegen berücksichtigt werden. Diese begrüßte der Seminarleiter Roland *Klomfaß* am 23. Januar 2018 im dbb forum in Königswinter-Thomasberg.

Der Dozent, Kollege Rolf *Heep*, brachte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern dieses komplexe Thema näher, indem er die rechtlichen Grundlagen, die statusrechtlichen Regelungen,



die rechtliche Stellung der Beamten, das Laufbahnrecht sowie das Gebiet der Beurteilungen eingehend erläuterte. Seine Ausführungen unterstützte er mit Bildpräsentationen und einer Vielzahl von Fallbeispielen. Angeregte Diskussionen führten zu einem noch besseren Verstehen der Problematik.

An zwei Abenden war darüber hinaus genügend Gelegenheit, sich untereinander auszutauschen und Erfahrungen weiterzugeben.

Auch unser Bundesvorsitzende, Kollege Wolfram *Kamm*, ließ es sich trotz vielfältiger Verpflichtungen nicht nehmen, wieder einmal den Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen zu suchen und sich mit diesen ebenfalls auszutauschen.

Als das Seminar am 25. Januar 2018 zu Ende ging, waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer darüber einig, dass es richtig war, das Thema „Beamtenrecht“ in unsere Reihe

aufzunehmen. Sie bestätigten, viel Wissen erworben oder vertieft zu haben, das sie nunmehr auch im beruflichen Alltag begleiten wird.

Aufgrund der großen Nachfrage findet vom 6. bis 8. Juni 2018 ein weiteres VBB-Seminar zur Thematik „Beamtenrecht“ statt. Die Ausschreibung ist erfolgt, bereits vorliegende Interessensbekundungen werden wir versuchen zu berücksichtigen.

VBB-Jugend macht 2018 Hamburg unsicher

Das erste VBB-Sonderseminar in 2018 nimmt langsam Formen an. Nach Berlin und München schlägt es die jungen Kolleginnen und Kollegen im Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) in 2018 vom 7. bis 9. Juni nach Hamburg.

Neben dem Besuch des Bundeswehrkrankenhauses in Hamburg stehen – wie sollte

es anders im hohen Norden sein – die Besichtigung des Marinemuseums, eine Stadtführung und eine Bootstour auf der Tagesordnung – alles selbstverständlich immer mit Bezug zur Bundeswehr und ihrer Bedeutung für den Norden.

Das Seminar wird zeitnah ausgeschrieben und interessierte junge VBB-Mitglieder können



sich sodann über ihre Bereiche/Landesverbände anmelden. Weitere Informationen

finden Sie in auf der VBB-Homepage unter Service/Seminare.

> Leserbrief

Leserbrief zum Jahresbericht des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages

Bericht und Kommentar im General Anzeiger (GA) vom 21. Februar 2018

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages beklagt in seinem neusten Jahresbericht erneut den Zustand der Bundeswehr und verweist darauf, dass die Lücken bei Personal und Material teils noch größer geworden sind. So sollen rund 21.000 Dienstposten für Offiziere und Unteroffiziere nicht besetzt sein.

Ein Grund für das personelle Fehl an Soldaten ist u. a. die

zunehmende Aushöhlung der verfassungsrechtlichen Eigenständigkeit der Bundeswehrverwaltung (Art. 87 b des Grundgesetzes), indem immer mehr (zivile) Aufgaben und (zivile) Dienstposten der Bundeswehrverwaltung Soldaten übertragen werden, die natürlich nur für militärische und nicht für administrative Aufgaben ausgebildet sind. So sind über 7.000 Soldaten

(rund vier Prozent aller Soldaten) in (zivilen) Aufgaben verfassungswidrig tätig. Und diese für militärische Aufgaben der Verteidigung gut ausgebildeten und hoch qualifizierten Soldaten fehlen den Streitkräften für den verfassungsrechtlichen Auftrag nach Art. 87 a des Grundgesetzes. Zur kurzfristigen Deckung von einem Drittel des Fehls an Soldaten sollte das Verteidigungsminis-

terium sofort damit anfangen, die 7.000 falsch in der Bundeswehrverwaltung eingesetzten Soldaten in die Streitkräfte zu überführen, wo sie hingehören. Dafür müssen dann die in der Bundeswehrverwaltung frei werdenden (zivilen) Dienstposten mit entsprechend für Verwaltungsaufgaben ausgebildeten und qualifizierten Zivilisten besetzt werden. Auch in der Bundeswehr sollte der arbeitsteilige Grundsatz beachtet werden: Schuster, bleib bei deinem Leisten!

Bernd Henkel, Bonn

Der VBB wünscht seinen Leserinnen und Lesern frohe Ostern!



© gtusik / Fotolia.com

> Aus unseren Bereichen und Landesverbänden

> Bereich Niedersachsen/Bremen

Vorsitzender: Karl Nowotny,
Gustav-Meyer-Straße 101,
29633 Munster
Telefon (05192) 12-2103

> Standortgruppe Bremen

Bundesvorsitzender zu Gast in Bremen

Am 18. Januar 2018 besuchte der Bundesvorsitzende, Herr Wolfram Kamm, die Standortgruppe Bremen.

Nachdem der Standortgruppenvorsitzende, Herr Karl-Heinz Buchfink, die Teilnehmer begrüßt hatte, gab er einen kurzen Überblick über die Veranstaltungen im vergangenen Jahr und einen Ausblick auf

die geplanten Veranstaltungen für das Jahr 2018.

Besonders herzlich wurde der Bundesvorsitzende, Herr Wolfram Kamm, begrüßt. In seiner Ansprache informierte er die anwesenden Mitglieder der Standortgruppe und Gäste über die zurzeit anstehenden Themen des Bundesvorstandes.



© VBB

> Herr Seumer, Herr Schweers, Herr Köster (Vorsitzender des dbb landesbundes bremen) Herr Wittkuhn (vor der Überreichung der Ehrenmedaille) (von links).

Bevor es dann zum Essen ging, erhielt Herr Wolfgang Wittkuhn die Ehrenmedaille des Verbandes durch den Bundesvorsitzenden überreicht.

Beim anschließenden traditionellen Grünkohlessen wurden verschiedenste verbandsinterne Themen besprochen.

> Standortgruppe Bückeburg

Im Gespräch mit dem VBB-Bundesvorsitzenden, Wolfram Kamm

Die Themen waren u. a. § 27 BLV, Opt-out, Stufenbeförderung.

In dem vierstündigen Gespräch wurden aber nicht nur Bundeswehrfeuerwehrthemen besprochen, sondern auch die Neuerungen für die Pensionäre/ Pensionärinnen und weitere

Sachverhalte, die der VBB derzeit bearbeitet. Auch konnte Herr Kamm viele weitere Anregungen mitnehmen.

Ein nächster Austausch fand dann am 26. und 27. Februar 2018 auf dem VBB-Bw-Feuerwehrseminar des Bereichs II statt.



> Standortgruppe Hannover

Nachruf

Leider erreichte uns vor einigen Tagen die traurige Nachricht, dass unser Ehrenvorsitzender, Kollege ROAR a.D. Theodor Litfin, am 27. Januar 2018 im Alter von 77 Jahren verstorben ist.

Kollege Litfin hat von 1973 bis 1990 die Standortgruppe Hannover als Vorsitzender geführt. Er war nicht nur langjähriger Vorsitzender des Personalrates bei der Wehrbereichsverwal-



> Theodor Litfin 2011 im Kreise seiner Nachfolger und „seines“ Präsidenten (von rechts: Theodor Litfin, Hildegard Seebo, Präsident a.D. Hartwig Kuhnert, Jörg Herzog).

tung II, sondern auch viele Jahre Mitglied im Hauptpersonalrat beim BMVg (von 1976 bis 1988), auf Platz 4 der VBB-Liste. Er trug

1978 maßgeblich zur Gründung des Verbandes der Arbeitnehmer der Bundeswehr (VAB) bei und sorgte für eine

Modernisierung unseres Verbandes.

2014 erhielt Theodor Litfin für 50 Jahre Mitgliedschaft im VBB die Ehrenmedaille des VBB. Er war ein großer Netzwerker und Kommunikator, mit Charme und Humor. Bis zuletzt hat Theodor Litfin, soweit es seine Gesundheit zuließ, unsere Veranstaltungen besucht und uns in unserer Arbeit gestärkt. Wir werden ihn sehr vermissen.

Für den Vorstand
Jörg Herzog
Vorsitzender

> Standortgruppe Stade

Das traditionelle Grünkohlessen der Standortgruppe Stade fand in diesem Jahr gleich am Ersten des Monats Februar im Goldenstern Casino in Stade statt.



> Reinhard Klein, Karl-Heinz Buchfink und Manfred Semgart.

Der stellvertretende Vorsitzende, Manfred Semgart, war sehr erfreut, fast alle Mitglieder der



> Grünkohltafel

Standortgruppe begrüßen zu können.

Im stillen Gedenken wurde des Kollegen Eberhard Neßlinger gedacht, der am 28. November 2017 im Alter von 85 Jahren verstorben war.

Als altbekannter Gast konnte Karl-Heinz Buchfink begrüßt werden. Er übermittelte herzliche

Grüße von Wolfram Kamm, unserem Bundesvorsitzenden, und unterrichtete die Anwesenden über aktuelle Entwicklungen und Sachstände, wie z. B.: Fusion VBB/VAB, Fragen zur Besoldung, zur Versorgung oder Laufbahnentwicklung sowie zur Überarbeitung des Traditionserlasses, um nur einige Punkte seiner Ausführungen zu nennen. Gezielte Fragen der

Versammelten und fundierte Antworten hierzu rundeten diesen Programmpunkt ab.

Hiernach konnte man sich mit gutem Appetit dem schmackhaften Grünkohl und den üppigen Beilagen widmen.

Zum „Nachtisch“ gab es eine besondere Überraschung für die Mitglieder der Standortgruppe. Ihnen wurde der neue Ordner unseres Verbandes: Ratgeber für den Ruhestand, übergeben. Der Kollege Semgart hatte mit der Bundesgeschäftsstelle unseres Verbandes eine entsprechende Absprache getroffen, ihm die für unsere Mitglieder zustehenden Exemplare insgesamt zu übersenden. Der neue Ratgeber, der als lose Blattausführung angelegt ist und vom Verband zentral auf dem neues-



> Johanna Jirka, Gisela Pohl, Helmut Quaas, Heinrich Jagemann.

ten Stand gehalten werden soll, wurde von den Mitgliedern sehr erfreut und positiv aufgenommen.

men – wie das Foto beweist. Die Überraschung war gelungen und ein voller Erfolg. ■

> Bereich Nordrhein-Westfalen

Vorsitzender: Karl-Heinz Witthüser,
Gräfin-Imma-Straße 11,
44797 Bochum
Telefon (0157) 71490728

Auftaktveranstaltung der VBB-Jugend im Bereich III



Auf Einladung der Jugendvertreterin des Bereichs III, Katharina Birlenberg, kamen am 24. Januar 2018 erstmals junge Kolleginnen und Kollegen im Centro in Oberhausen zusammen, um einander kennenzulernen und sich auszutauschen.

Bei diesem Mal auch mit dabei: der Standortgruppenvorsitzende der VBB-Standortgruppe Düsseldorf, Michael Meister, sowie die Bundesgeschäftsführerin des VBB, Cora Nixtatis, die den jungen Kolleginnen und Kollegen Rede und Antwort standen. ■

Es ist beabsichtigt, solche Treffen nunmehr regelmäßig an wechselnden Orten in Nordrhein-Westfalen mit verschiedenen Themen/Schwerpunkten für die Jugend des Bereichs III anzubieten. Dabei soll die Möglichkeit des Austauschs sowohl untereinander als auch im direkten Kontakt mit Funktionsträgern aus dem Verband im Vordergrund stehen. Das nächste Treffen soll in Bonn stattfinden – mit Besuch der Bundesgeschäftsstelle. Nähere Informationen folgen noch ...

Standortgruppe Hürth

Mitgliederversammlung im weihnachtlichen Ambiente

Am 18. Dezember 2017 fand die Mitgliederversammlung der Standortgruppe Hürth im weihnachtlich geschmückten Café Goldig weit des Bundessprachenamtes statt. Der Vorsitzende der Standortgruppe, RAmtm Matthias Sommer, eröffnete die Versammlung und begrüßte die Anwesenden auf das Herzlichste. Bei Spekulatius, Christstollen und leckeren Heißgetränken stellte er den Geschäftsbericht des Vorstandes vor und informierte

unter anderem über die für das Jahr 2018 geplanten Aktivitäten.

ROAR Guido Pradel, Mitglied der Standortgruppe Hürth und einer der beiden stellvertretenden Bereichsvorsitzenden des Bereiches Nordrhein-Westfalen, berichtete kurz über die im November in Hürth durchgeführte Bereichsversammlung, bevor RAmtm a.D. Edgar Grewe als Vertreter der Ruhestandsbeam-



Die Geehrten und der Vorsitzende: Präsident a.D. Steimels, RAmtm Sommer, RDir Lange und ROAR Guido Pradel (von links).

Landesverband Baden-Württemberg

Vorsitzende: Karin Voit,
Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung
– Fachbereich Bundeswehrverwaltung –,
Seckenheimer Landstraße 10, 68163 Mannheim,
Telefon (0621) 4295-4450, Telefax (0621) 4295-4222, BwKz: 5331

Standortgruppe Mannheim

Mitgliederversammlung

Der Vorsitzende der Standortgruppe, Dr. Joachim Kaltwang, hatte geladen und zahlreiche Mitglieder erschienen zur Mitgliederversammlung 2017. Er begrüßte ganz besonders den Bundesvorsitzenden Wolfram Kamm, den Präsidenten des BiZBw, Christoph Reifferscheid, sowie neben den Mannheimer Kolleginnen und Kollegen auch eine beachtliche Abordnung der Standortgruppe Mosbach, mit der die Standortgruppe Mann-

heim eine enge Beziehung hat. Ihr Hauptinteresse galt dem Vortrag des Bundesvorsitzenden. Unter anderem berichtete Wolfram Kamm vom Gewerkschaftstag des dbb, der unter dem Motto „Im Dienste der Menschen“ kurz zuvor stattgefunden hatte.

Für langjährige ununterbrochene VBB-Mitgliedschaft ehrte der Bundesvorsitzende anschließend



Für Frau Dächer gab es viel Beifall, einen Jubiläumsband über das Bundessprachenamt und einen Blumenstrauß (links im Bild: Eveline Dächer, rechts im Bild: RAmtm Matthias Sommer).

tinnen und -beamten der Standortgruppe Hürth Gelegenheit hatte, das Jahr 2017 aus seiner Sicht Revue passieren zu lassen.

Für die Führung der Kassengeschäfte der Standortgruppe Hürth ist künftig ORR Achim Fiedler zuständig, der zum neuen Kassenwart gewählt wurde.

Im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung standen jedoch drei Ehrungen. Für ihre treue 25-jährige Verbandsmitgliedschaft wurden Präsident a.D. Wolfgang Steimels und RDir

Thomas Lange mit der Ehrennadel in Gold ausgezeichnet. Mit dem Ehrenzeichen wurde ROAR Guido Pradel für seine langjährige Vorstandsarbeit und sein herausragendes Engagement für den VBB gewürdigt.

Abgerundet wurde die Veranstaltung durch eine Lesung der bekannten Hürther Künstlerin Eveline Dächer, die mit ihren Gedichten und Erzählungen alle Anwesenden auf die bevorstehenden Weihnachtsfeiertage einstimmte.



Jürgen Blunk, Birgit Bartelmann, Karin Voit, Wolfhart Schulz, Christoph Reifferscheid, Wolfram Kamm, Dr. Joachim Kaltwang (von links).

- > RDir a.D. Wolfhart Schulz (Ehrenmedaille),
- > Dir'in BiZBw Birgit Bartelmann (Ehrendnadel in Gold),
- > Präs BiZBw Christoph Reifferscheid (Ehrendnadel in Gold),
- > TROAR Jürgen Blunk (Ehrendnadel in Silber).

Mit einer Schweigeminute gedachten die Kolleginnen und Kollegen des kurz vor Vollendung seines 91. Geburtstages

verstorbenen Kollegen RHS a.D. Horst Baumann.

Dr. Kaltwang informierte über die Arbeit des Vorstandes im vergangenen Jahr und bedankte sich bei den Vorstandsmitgliedern für ihre ehrenamtliche Tätigkeit. Den Kassenbericht gab der Kollege Karlheinz Steinbach ab. Dr. Kaltwang dankte ihm für die gewissenhafte Führung der Kassengeschäfte und insbeson-

dere für die mit der Einführung des zentralen Einzugs der Mitgliedsbeiträge vorübergehend verbundene Mehrarbeit.

Im anschließenden Bericht des Kassenprüfers bescheinigte der Kollege Friedhelm *Härtl*

eine vollständige und korrekte Führung der Kassengeschäfte. Kollege Herbert *Rösch*, Sprecher der Ruhestandsbeamten, stellte die Gruppe vor, die zurzeit aus 42 Mitgliedern besteht. Kollege *Rösch* warb für den Pensionärstammtisch und

berichtete von den gut angenommenen Veranstaltungen der Standortgruppe im abgelaufenen Jahr. Im Namen des Vorstandes dankte er allen Kollegen, die mit der Vorbereitung und Durchführung befasst waren. Ebenso gab er einen Aus-

blick auf die fest geplanten Vorhaben für das Jahr 2018. Ein ausgewogenes Programm, das möglichst allen Interessen Rechnung trägt, ist das Ziel. Die Veranstaltung klang mit einem gemütlichen Beisammensein aus. ■

➤ Standortgruppe Mosbach

Mitgliederversammlung

Am 1. Februar 2018 trafen sich die Mitglieder der VBB-Standortgruppe Mosbach zur diesjährigen Mitgliederversammlung im Gasthaus Krone in Diedesheim.

Der Vorsitzende RAR Rainer *Ehrfeld* eröffnete die Versammlung und begrüßte als Gast den Kollegen HptBrdMstr Reiner *Zeller* vom Zentrum Brand-



schutz der Bundeswehr aus Sonthofen.

Im Jahresrückblick aus dem Jahr 2017 berichtete RAR Rai-

ner *Ehrfeld* über die Aktivitäten der Standortgruppe sowie über verbandspolitische Themen. Insbesondere ging er auf die Personalsituation ein, die

uns auch in Zukunft beschäftigen wird.

Danach berichtete der 2. Vorsitzende OBrdMstr Timo *Steich-*

ler über die „Kleine Landesversammlung“ des Landesverbandes Baden Württemberg, die im November 2017 in Ladenburg stattgefunden hat.

Der Kassierer RHS Dieter *Leier* stellte danach den Kassenbericht 2017 vor und erläuterte anhand von Statistiken die Mitgliederentwicklung in den letzten Jahren am Standort.

Nachdem dem Kassierer die einwandfreie Kassenführung bescheinigt wurde, berichtete Kollege ROAR a.D. Hans *Beckert* von den Aktivitäten der Ruhestandsbeamten.

Nach den Berichten warteten alle gespannt auf den Vortrag des Gastes aus Sonthofen.

HptBrdMstr Reiner Zeller, Personalratsvorsitzender des Ge-

samtpersonalrates und auch Mitglied im Landesvorstand des Landesverbandes Bayern, stellte die Dienststelle Zentrum Brandschutz sehr anschaulich von der Organisationsentscheidung zur Aufstellung bis zum Heute vor.

Insbesondere ging er auf die Personalsituation bei den Feuerwachen und den damit verbundenen Schwierigkeiten, den Dienstbetrieb der betreuten Verbände und Liegenschaften aufrechterhalten zu können, ein.

Der Vortrag war nicht nur für die der Feuerwache angehörenden Mitglieder sehr informativ, sondern auch für alle anderen Mitglieder.

Der Vorsitzende RAR Rainer Ehrfeld bedankte sich bei HptBrdMstr Zeller für den interessanten Vortrag.



> HptBrdMstr Klaus Hoffert, VBB-Landesverband Baden Württemberg, OBrdMstr Timo Steichler, 2. Vorsitzender, RHS Dieter Leier, Kassenwart, RAR Rainer Ehrfeld, 1. Vorsitzender, HptBrdMstr Reiner Zeller, Mitglied VBB-Landesverband Bayern (von links).

Anschließend wurden die Ehrungen aus dem Jahr 2017 verlesen. Es erhielt für 15 Jahre Mitgliedschaft die Ehrennadel in Silber TRAI Günther *Häberle*, für 40 Jahre Mitgliedschaft erhielt TRAI a.D. Martin *Teichmann* das Ehrenzeichen.

Auch TRAI a.D. Joachim *Kreß* sollte bei der Mitgliederver-

sammlung für 40 Jahre Mitgliedschaft das Ehrenzeichen erhalten, musste aber kurzfristig aus persönlichen Gründen absagen. Die Ehrung wird aber zeitnah nachgeholt.

Beim geselligen Beisammensein mit Essen, Trinken und angeregten Gesprächen ging die Veranstaltung zu Ende. ■

> Standortgruppe Stetten am kalten Markt

Informationsveranstaltung für die neuen „Brandmeisteranwärter“

96 Brandmeisteranwärter konnte der VBB-Standortgruppenvorsitzende Ewald *Hoffmann* am 17. Januar 2017 zu einer Informationsveranstaltung begrüßen und bei der Bundeswehrfeuer-

wehr für den Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) herzlich willkommen heißen.

Neben wichtigen Informationen gab er den anwesenden



Kollegen auch einen Einblick in die vielfältigen Aufgaben im Verband. Mit dabei waren

sein Schatzmeister Bernhard *Gabler* und die Beisitzerin *Beatrice Manco*. ■

> Landesverband Bayern

Vorsitzender: Lothar Breunig,
Wehrtechnische Dienststelle 61 der Bundeswehr,
Flugplatz, 85077 Manching, Telefon (08459) 80-2530,
BwKz 90-6601-2530

> Standortgruppe Hammelburg/Wildflecken und Standortgruppe Würzburg

Gemeinsame Mitgliederversammlung 2017

Wie bereits mehrfach in den Vorjahren praktiziert, luden die Vorstände der Standortgruppen Hammelburg/Wildflecken und Würzburg auch im Jahr 2017 zu einer gemeinsamen Mitgliederversamm-

lung in das Lagerbergcasino in Hammelburg ein.

Erfreulicherweise folgten über 70 aktive VBB-Mitglieder und Pensionäre diesem Ruf und fanden sich Ende November

2017 am Veranstaltungsort, dem Lagerbergcasino im Standort Hammelburg, ein.

Als Einstieg richtete die Standortgruppenvorsitzende Marina *Klein* auch im Namen ihres Kollegen Rudolf *Federsel*, dem Vorsitzenden der Standortgruppe Würzburg, herzliche Begrü-

ßungsworte an alle anwesenden VBB-Mitglieder und verlieh ihrer Freude Ausdruck, dass sowohl der Bundesvorsitzende Wolfram *Kamm* als auch der Landesvorsitzende, des Landesverbandes Bayern, Herr Lothar *Breunig*, der Einladung auf den Lagerberg in Hammelburg gefolgt waren.



Der nächste Programmpunkt waren die Grußworte des Bundesvorsitzenden, der als Erstes darauf hinwies, dass er jeden Besuch in Hammelburg sozusagen als „eine Rückkehr zu seinen Beamtenwurzeln“ empfinde, da er hier im Jahre 1980 seine Ausbildung als Anwärter des mittleren nichttechnischen Dienstes aufgenommen habe.



In seiner interessanten und engagierten Rede gab er vielfältige Informationen, z. B. zum dbb Gewerkschaftstag vom 17. bis 21. November 2017, bei dem mit Ulrich *Silberbach* ein neuer dbb Vorsitzender gewählt worden war und zu dem u. a. auch der VBB zahlreiche Anträge eingereicht hatte.

Des Weiteren ging Kollege Kamm auf die „heißen Eisen“ ein, die der VBB bereits angepackt hat bzw. wo es im Interesse der Kolleginnen und Kollegen noch Handlungsbedarf gibt.

Er informierte u. a. über den aktuellen Stand bei folgenden Themen:

- Bündelung der Dienstposten im gehobenen Dienst,
- Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung für zivile Kolleginnen und Kollegen im Auslandseinsatz,
- Zielsetzung Angleichung der Arbeitszeit Beamte und Arbeitnehmer,
- Planungen zur Wahlmöglichkeit Umzugskostenvergütung – Trennungsgeld,
- Situation im Travel Management,
- Traditionserlass und Innere Führung.

Der Landesvorsitzende Lothar Breunig hatte dann noch einige ergänzende Informationen zu den Themen „Trendwende Personal“, „Anpassung Beurteilungsrichtlinien“ und „Personalentwicklungskonzeption“, der in Anbetracht der Tatsache, dass bis zum Jahr 2030 35 bis 40 Prozent des Zivilpersonals der Bundeswehr ausscheiden werden, eine besondere Bedeutung zukommt.

Anschließend galt es, mehrere Kollegen für ihre langjährige Mitgliedschaft im Verband zu ehren. Höhepunkt hierbei war die Verleihung der Ehrenmedaille des Verbandes für 50-jährige Zugehörigkeit zum VBB an die Kollegen Gerhard *Hollweck*, der sich als Beauftragter für die Pensionäre seit Jahren im Vorstand der Standortgruppe Hammelburg/Wildflecken engagiert, und Kollege Gernot

Dietrich von der Standortgruppe Würzburg.

Wolfram Kamm überreichte die Ehrenurkunde und bedankte sich für die nun schon fünf Jahrzehnte andauernde Treue zum Verband.

Die Ehrennadel in Silber erhielt RAmtm Michael *Bester* von der Standortgruppe Würzburg aus der Hand des Landesvorsitzenden Lothar Breunig.

Bei dem anschließenden leckeren „herbstlichen Büfett“ hatten die Kolleginnen und Kollegen noch ausreichend Gelegenheit zu einem angeregten Gedankenaustausch mit dem Bundes- und Landesvorsitzenden. ■

➤ Standortgruppe München/Fürstenfeldbruck

Ende 2017 fanden sich die Kolleginnen und Kollegen der Standortgruppe München/Fürstenfeldbruck im Bundeswehr-Verwaltungszentrum in München zur jährlichen Mitgliederversammlung ein. Ein wichtiger Jahrestermin im Kalender der Standortgruppe, bie-

tet sich hier für die Mitglieder die Chance auf ein „Meet-and-Greet“ mit dem Bundesvorsitzenden Wolfram *Kamm*. Beste Gelegenheit, Arbeit und Arbeitsergebnisse der Bundesleitung zu aktuellen Themen der Verbandstätigkeit aus erster Hand zu erfahren: Wahrung der

Chancengleichheit bei zunehmender Verschränkung von zivilem und militärischem Personalkörper, Steigerung der Attraktivität des Dienstes auch für Bestandspersonal, Angleichung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit an die der Arbeitnehmer. Problemstellungen, bei denen man einen langen Atem braucht. Den bewiesen die Kolleginnen und Kollegen, die für ihre langjährige treue Mitgliedschaft durch den Bundesvorsitzenden mit den Ehrenzeichen des Verbandes ausgezeichnet wurden. Neben der Ehrennadel in Silber und

Gold und dem Ehrenzeichen konnte dreimal die Ehrenmedaille für 50 Jahre ununterbrochene Mitgliedschaft im VBB, fast ein Menschenleben, ausgehändigt werden. Ein ganz privater Moment, auch im Scheinwerferlicht vor den Augen der anwesenden Kollegen.

Informiert, gestärkt durch eine zünftige Brotzeit und mit dem Blick auf die geehrten Jubilare auch ein wenig berührt, verabschiedeten sich die zahlreich erschienenen Mitglieder nach fast vier Stunden. ■



➤ Geehrt für treue Mitgliedschaft

> Bereich Berlin, Brandenburg, Freistaat Sachsen, Sachsen-Anhalt, Freistaat Thüringen

Vorsitzende: Astrid Bittkau,
Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr,
PA 3, Prötzeler Chaussee 25, 15344 Strausberg,
Telefon (03341) 58-2400

> Standortgruppe Leipzig

Reaktivierung

Es war ruhig geworden in der Standortgruppe Leipzig; bedingt durch Versetzungen und

aus persönlichen Gründen war der bisherige Vorstand nicht mehr komplett und so ließen

auch Veranstaltungen auf sich warten.

Höchste Zeit also, dies wieder zu ändern. So trafen sich am 15. Februar 2018 etliche Mitglieder, um einen Neustart auf den Weg zu bringen und der gelang! So wurde Frau Lucia *Klopfer* zur neuen Vorsitzenden gewählt. Und auch die anderen Positionen konnten besetzt werden: Herr Hans-Günter *Fischer* als stellvertretender Vorsitzender, Herr Daniel *Schwamberger* als Kassen-



© VBB (2)

wart und Herr Gunther *Walther* als Schriftführer.

Nach der erfolgreichen Wahl wurde dann noch munter über politische, aber auch verbandliche Themen diskutiert, und alle waren sich einig, dass man sich nun wieder häufiger treffen wollte. Insofern wurde der ein oder andere Plan für künftige Veranstaltungen ausgeheckt, wie beispielsweise ein Grill-/ Sommerfest.

Wir werden Sie über die Aktivitäten auf dem Laufenden halten und freuen uns über die gelungene Reaktivierung! ■



> Standortgruppe Ostsachsen

Am 24. Januar 2018 fand die Mitgliederversammlung der Standortgruppe Ostsachsen statt. Der Vorsitzende, Kollege RAI Torsten *Friedrich*, konnte neben zahlreichen Mitgliedern der Standortgruppe auch zwei



© VBB (3)



Kolleginnen des VAB als Gäste begrüßen. Nach dem Bericht aus der zurückliegenden Zeit wurden die aktuellen Vorha-

ben und Ziele des Verbandes angesprochen. Abgerundet wurde die Versammlung durch einen sehr interessanten Vor-



trag der Kollegin RI'in Juliane *Butze* zu den Aufgaben des Sozialdienstes der Bundeswehr.

Schlussendlich konnten noch Ehrennadeln in Silber und Gold an langjährige Mitglieder überreicht werden. Beim anschlie-

ßenden geselligen Beisammensein wurde noch viel über Verbandsthemen diskutiert. ■

> Bereich Bundesministerium der Verteidigung

Vorsitzender: Ingo John, Bonn/Berlin,
 Telefon (0228) 1222900, Telefon (030) 182422900
 Schatzmeister/Mitgliederverwaltung: Torsten Witz,
 Telefax (03222) 3751757,
 Postanschrift: VBB-Bereich BMVg, c/o Torsten Witz,
 Am Herrenhof 14, 53913 Swisttal

Treffen der Ruheständler auf der Hardthöhe am 9. Januar 2018

Wie immer gut besucht war das erste Quartalstreffen der Ruhestandsbeamtinnen und -beamten des Bereichs VIII/ BMVg am 9. Januar 2018 auf der Hardthöhe in Bonn im Versammlungsraum des Mannschaftsheimes.

Der Sprecher der Ruheständler, Manfred Schenke, begrüßte die Kolleginnen und Kollegen. Besonders herzlich wurden die erstmals Erschienenen in dieser Runde willkommen geheißt. Eine Schweigeminute galt dem Gedenken der im letzten Jahr verstorbenen Kolleginnen und Kollegen.

Schenke gab dann einen Rückblick auf die Veranstaltungen des Jahres 2017. Es begann am



© VBB

> Oberamtsrat a.D.
 Manfred Schenke

3. Januar 2017 mit einem gemüthlichen Beisammensein. Am 4. April 2017 informierte die Deutsche Polizeigewerkschaft über die Organisation, Ausrüstung und die aktuelle Lage bei der Polizei im Bereich Bonn. Die nächste Veranstaltung am 4. Juli 2017 galt dem Thema

„Die private Krankenversicherung und ihre künftige Rolle – wieder in der aktuellen Diskussion“. Dieser Vortrag war ausgewählt, um im Hinblick auf den kommenden Bundestagswahlkampf und eventuelle künftige Koalitionsverhandlungen mehr Einblick zu diesem Pfeiler der Krankenversicherung und die Bedeutung für das Gesamtsystem der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung zu ermöglichen. Zum Abschluss der Vortragsreihe für das Jahr informierte das Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr (Referat ZS 2.3/Sozialdienst) am 10. Oktober 2017 zum Thema „Vorsorgevollmacht und Betreuungsrecht“. Besonders erfreulich war, dass auch Angehörige erschienen waren und diese Gele-

genheit zur Information aus erster Hand nutzen konnten.

Ferner wurden die wie in jedem Jahr vom VBB zur Verfügung gestellten diversen Kalenderformate verteilt. Das besondere Interesse der Anwesenden galt der Vorstellung des angekündigten Ratgebers für den Ruhestand des VBB. Die Freude und Dankbarkeit war groß, da er auch gleich empfangen werden konnte.

Auch wurde die Planung für das Jahr 2018 vorgestellt und erörtert. Mit dem Hinweis auf das nächste Quartalstreffen (Mittwoch, 11. April 2018, um 14.00 Uhr im Mannschaftsheim auf der Hardthöhe) wurde die Veranstaltung von Manfred Schenke beendet. ■



Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB)
 im Deutschen Beamtenbund und Tarifunion
 Bereich VIII - Ruhestandsbeamte –

Treffen am 9. Januar 2018
 Vortragender:

OAR a.D. Manfred Schenke
 Sprecher der Ruhestandsbeamten

> Termine

Termine der Pensionäre Bereich VIII – Rest 2018

Stammlokal: Mannschaftsheim Hardthöhe Bonn

> **Kontakt**

Sprecher Ruhestandsbeamte Bereich VIII/BMVg
OAR a.D. Manfred Schenke – Telefon (0228) 6847609,
E-Mail: m.schenke@web.de

VERANSTALTUNGSÜBERSICHT 2018 (Restjahr)**Terminänderung: Mittwoch, 11. April 2018, 14.00 Uhr (Stammlokal)**

Referent: Dr. Christos Katzidis, MdL (Innenpolitischer Sprecher der CDU)
Vortrag mit Diskussion: „Unter falschem Namen in Deutschland – war Amri ein Einzelfall?“

Hinweis: Bitte melden Sie sich unbedingt beim Kollegen Manfred Schenke für diesen Termin an, sofern Sie bisher noch nicht Zutritt zu einer VBB-Veranstaltung im Rahmen des vereinfachten Einlassverfahrens hatten. Gleiches gilt, falls Sie den VBB-Ratgeber für den Ruhestand noch nicht empfangen haben, diesen aber hier ausgehändigt bekommen möchten.

Dienstag, 3. Juli 2018, 14.00 Uhr (Stammlokal oder Exkursion)

Dienstag, 9. Oktober 2018, 14.00 Uhr (Stammlokal oder Exkursion)

Einladung an die Neupensionärinnen und Neupensionäre

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hat der Ruhestand begonnen? Dann sind Sie herzlich eingeladen zu unseren Veranstaltungen. Neben informativen Vorträgen oder Exkursionen sind diese Treffen für viele Kolleginnen und Kollegen und deren Angehörige eine schöne Gelegenheit zur persönlichen Begegnung bei Kaffee und Kuchen. Schauen Sie doch einmal bei uns vorbei. Wir freuen uns auf Sie.

Bitte beachten Sie: Ein Zugang zu den VBB-Veranstaltungen auf der Hardthöhe im Rahmen der früheren Regelungen für „Besucher“ ist nicht mehr möglich. Mit der Absicherung BMVg konnte jedoch für VBB-Mitglieder im Ruhestand und deren Begleitungen ein vereinfachtes Einlassverfahren vereinbart werden. Eine einmalige und unverbindliche Anmeldung ist jedoch vorher erforderlich. Eine Zu- oder Absagepflicht für die Einzeltermine wird dadurch nicht begründet. Für Fragen und Informationen hierzu stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Manfred Schenke

> Personalnachrichten

Wir gratulieren zur Ernennung**zum Technischen Regierungsdirektor**

Christoph Jansen, Koblenz
Dr. Johannes Kloppenburg, Trier
Sven Tammler, Trier

zum Technischen Oberregierungsrat

Florian Knobloch, Koblenz
Ronald Rekowski, Koblenz

zum Oberregierungsrat

Norbert Reuter, Koblenz

zur Oberamtsrätin

Eva-Maria Kalkhake, Bonn

zum Oberamtsrat

Stephan Priebe, Hamburg

zur Technischen Regierungsrätin

Ellen Quan, Koblenz

zur Technischen Regierungsoberamtsrätin

Heike Zimmermann, Wahn
Jutta Seibert, Koblenz

zum Technischen Regierungsoberamtsrat

Michael Albrecht, Koblenz
Thorsten Becker, Koblenz
Thomas Hartwig, Eckernförde

zur Regierungsoberamtsrätin
Manuela Sternberg-Bornmann,
Homburg (Efze)

zur Amtsrätin

Tanja Buchholz, Bonn

zur Technischen Regierungsamtsrätin

Janett Mokosch, Koblenz

zum Technischen Regierungsamtsrat

Jacek Brefka, Koblenz

zur Regierungsamtsrätin

Nadine Matthies, St. Augustin

zum Regierungsamtsrat

Christian Behr, Koblenz
Timo Blum, Wiesbaden
Michael Dott, Koblenz
Ralf Zimmermann, Koblenz

zum Technischen Regierungsamtmann

Benedikt Sehl, Koblenz
Dietmar Stolz, Trier

zur Regierungsamtfrau

Olga Dreilich, Eckernförde

zum Regierungsamtmann

Fabian Andres, Wunstorf
Jürgen Essig, Mannheim
Stephan Knörr, Koblenz
Andrej Kühn, Koblenz
Jens Roeder, Koblenz
Alexander Schwarz, Koblenz
Frank Steiner, Hürth

zur Regierungsoberinspektorin
Sabine Leibenath, St. Augustin
Sandra Michels, Koblenz

Tina Sorgenfrei, München/
Fürstentfeldbruck

zur Regierungsamtsinspektorin

Birgit Bergmann, Berlin
Stefanie Wirges, Köln

zum Regierungsamtsinspektor

Karsten Kasubek, Burg
Jürgen Scherer, Koblenz
Peter Niederprüm, Saarlouis

zum Regierungsinspektor

Dennis Knüwer, Münster

zum Brandinspektor

Hartmut Gerdes, Wittmund

zur Oberbrandmeisterin

Franziska Fischer, Hammelburg/
Wildflecken

zum Technischen Regierungshauptsekretär

Jens Jürgensen, Trier

zur Regierungshauptsekretärin

Jaqueline Windheuser, Koblenz

zur Regierungsobersekretärin

Belinda Cardinale, Oldenburg
Lena Kutzner, Wunstorf

zum Regierungsobersekretär

Markus Klein, Bad Neuenahr/
Ahrweiler

Wir gratulieren zur Zuerkennung einer Amtszulage

der Amtsinspektorin
Andrea Daniel, Berlin

Alle guten Wünsche für den Ruhestand

dem Leitenden Technischen Regierungsdirektor a.D.
Franz-Josef Ganz, Koblenz

dem Regierungsdirektor a.D.
Norbert Tange, St. Augustin

dem Technischen Regierungsoberamtsrat a.D.
Ignaz Gemein, Bad Neuenahr/
Ahrweiler

dem Technischen Regierungsamtsrat a.D.
Peter Jülich, Koblenz

den Technischen Regierungsoberamtsmännern a.D.
Dieter Fröhlich, Greding
Karl Olinger, Trier

den Regierungsamtsinspektoren a.D.
Herbert Jungwirth, Wiesbaden
Josef Holstein, Trier

den Regierungshauptsekretären a.D.
Otto Nuhn, Stadtallendorf
Gregor Thomas, Düsseldorf

> Hinweis

Soweit Veröffentlichungen fehlerhaft sind, werden sie selbstverständlich in korrigierter Form erneut bekannt gegeben.

Die wiederholte und korrigierte Bekanntgabe wird dann mit dem Buchstaben **(K)** gekennzeichnet. Die Schriftleitung bittet, fehlerhafte Bekanntgaben rasch zu melden, damit zeitnah eine Korrektur veranlasst werden kann, und entschuldigt sich bei den Betroffenen für das Versehen.

> Zahlreiche ...

... der genannten Ereignisse in den Personalnachrichten liegen sicher schon einige Zeit zurück. Dennoch soll auf eine Veröffentlichung nicht verzichtet werden. Wir meinen, dass das im überwiegenden Interesse der betroffenen Kolleginnen und Kollegen ist.

Schriftleitung

> In stiller Trauer ...

... gedenken wir unserer verstorbenen Kollegin und unseren Kollegen

Leitender Regierungsdirektor a.D. Dietrich Wilhelm Ackemann, Hannover

Technischer Regierungsamtsrat a.D. Heinz Angenendt, Recklinghausen

Technischer Regierungsoberamtsrat a.D. Hans-Werner Bünning, Schleswig

Technischer Regierungsamtsrat a.D. Gerhard Cordes, Selb

Technischer Regierungsamtsrat a.D. Karlheinz Findeiß, Koblenz

Technischer Regierungsoberamtsrat a.D. Horst Geier, Koblenz

Regierungsamtsrat a.D. Rudolf Hempel, Teugn

Technischer Amtsinspektor a.D. Manfred Hoffmann, Altötting

Regierungsamtsrat Dirk Holling, Dersau

Amtsinspektor a.D. Raimund Irlbeck, Untermeitingen

Leitender Regierungsdirektor a.D. Johannes Kosubek, Rheinbach

Regierungshauptsekretär a.D. Wolfgang Lichthardt, Hammelburg

Regierungsamtsrat a.D. Theodor Litfin, Langenhagen

Amtsinspektor a.D. Herbert Nelles, Bad Sobernheim

Regierungsamtsrat a.D. Heinfried Niedermeyer, Hannover

Regierungsamtsrat a.D. Klaus Ottenbreit, Martinstein

Regierungsamtsinspektorin a.D. Marianne Peeper, Berlin

Regierungsamtsrat a.D. Dieter Pohlmann, Leipzig

Regierungsamtsinspektor Michael Schenk, Osterrönfeld

Technischer Regierungshauptsekretär a.D. Werner Schmidt, Roßdorf

Technischer Regierungsamtsrat a.D. Karl-Heinz Sievernich, München

Regierungsamtsrat a.D. Anton Szpak, Lippstadt

Regierungsamtsinspektor a.D. Hans Joachim Waschke, Wuppertal



Einkommensrunde für Bund und Kommunen 2018:

6 Prozent, mindestens 200 Euro!

Das ist die Forderung des dbb für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen. Da geringe Einkommen im öffentlichen Dienst nicht angemessen von linearen Einkommenserhöhungen profitieren können, setzt der dbb mit der Forderung nach 200 Euro als Mindesthöhung der Einkommen ein Zeichen für mehr soziale Gerechtigkeit und eine zukunftsorientierte Personalpolitik.



> dbb Chef Ulrich Silberbach (Mitte) stellte die Einkommensforderung am 8. Februar 2018 gemeinsam mit dem ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske (links) und dbb Tarifchef Volker Geyer den Medien vor.

„Wenn die Arbeitgeber den öffentlichen Dienst nicht vor die Wand fahren wollen, können sie unsere Forderung eigentlich direkt unterschreiben“, erklärte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 8. Februar 2018 auf der Pressekonferenz zur Einkommensrunde in Berlin. „Bund und Kommunen sollten in dieser Einkommensrunde ein Zeichen für eine wirklich nachhaltige Personalpolitik setzen. 6 Prozent linear, mindestens aber 200 Euro als soziale Komponente, für Auszubildende 100 Euro: Mit einer solchen Einkommensentwicklung kann man die Attraktivität und die Nachwuchsgewinnung für den öffentlichen Dienst sichern. Das ist dringend nötig, denn 60 Prozent der Kolleginnen und Kollegen sind schon heute älter als 45

Jahre. Aktuell fehlen zudem bereits über 200 000 Beschäftigte“, so Silberbach.

> Das Geld ist da

Im vergangenen Jahr seien die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden um 4,1 Prozent gestiegen und damit doppelt so stark wie die Wirtschaftsleistung in Deutschland. „Geld ist also genug da, um die Beschäftigten fair und wettbewerbsfähig zu bezahlen. Es ist eine Frage der Prioritätensetzung“, erklärte der dbb Chef. „Eine Sache der Fairness und Wettbewerbsfähigkeit ist übrigens auch die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten und Versorgungsempfänger des Bundes. Es ist gut und richtig, dass die

Großkoalitionäre bereits erklärt haben, das Verhandlungsergebnis eins zu eins auf die Beamten übertragen zu wollen. Wir werden die Bundesregierung hier beim Wort nehmen.“

> Azubis besserstellen

„Um den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen, brauchen wir auch dringend eine überdurchschnittliche Erhöhung der Auszubildendenvergütung und eine verbindliche Übernahmezusage nach der Ausbildung“, ergänzte Volker Geyer, dbb Fachvorstand Tarifpolitik. Die Höhe des geforderten Mindestbetrages sei ein logisches Resultat der Entwicklung der vergangenen Jahre. „Gerade die Kolleginnen und Kollegen mit kleinen und mittleren Einkommen sollten jetzt von der guten Einnahmesituation des Staates profitieren. Für eine Pflegehelferin oder einen Straßenwärter mit nur knapp über 2 000 Euro brutto sind 200 Euro eine echte Hausnummer. Das ist angemessen, motivierend und außerdem auch volkswirtschaftlich gut für die Binnenachfrage.“ Zuvor hatte die dbb Bundestarifkommission in einer Sitzung mit dem dbb Bundesvorstand im dbb forum ber-



> dbb Bundestarifkommission und Bundesvorstand stimmten der Einkommensforderung am 8. Februar 2018 im dbb forum berlin zu.



> dbb Branchentag in Lemgo



> dbb Branchentag in Lüneburg

lin über die Einkommensforderung beraten.

Branchentage waren Stimmungsbarometer

Im Vorfeld der Forderungsfindung hatten zahlreiche Beschäftigte die Gelegenheit wahrgenommen, ihre Erwartungen an die Einkommensrunde auf den dbb Branchentagen mit der dbb Spitze zu diskutieren.

„Ob in der Verwaltung, bei Feuerwehr und Rettungsdienst oder in den Kitas: Ihr Kolleginnen und Kollegen sorgt dafür, dass unser Gemeinwesen funktioniert“, hatte Andreas Hemsing, Bundesvorsitzender der komba Gewerkschaft, am 30. Januar 2018 in Lemgo (Nordrhein-Westfalen) vor Beschäftigten aus dem Bereich der kommunalen Dienste deutlich gemacht. „Als Beschäftigte des öffentlichen Dienstes seid ihr Träger und Garanten der staatlichen Infrastruktur. Dafür habt ihr nicht nur Anerkennung verdient, sondern auch eine angemessene Vergütung“, so Hemsing weiter, der die Tarifverhandlungen als stellvertretender Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission begleiten wird.

Gesundheit: Neubewertung erforderlich

Am 1. Februar 2018 hatte Volker Geyer im niedersächsischen Lüneburg eine grundlegende Neubewertung der

Berufe des öffentlichen Gesundheitsbereichs gefordert: „Im Gesundheitswesen schaffen die Beschäftigten einen immensen Mehrwert für die Gesellschaft. Sie tun dies oft am Rande ihrer Leistungsfähigkeit und manchmal sogar darüber hinaus. Ob in den psychiatrischen Kliniken, in Krankenhäusern, Altenheimen oder in den Pflegediensten: Der Wert dieser Arbeit spiegelt sich in keiner Weise in der Be-

zahlung“, so Geyer. Es dürfe deswegen nicht allein darum gehen, in dieser Einkommensrunde ein gutes Ergebnis für die Beschäftigten zu erzielen. „Wir müssen auch eine grundlegende gesellschaftliche Diskussion über den Wert der Gesundheitsberufe anstoßen.“

Am gleichen Tag hatten auch Straßen- und Verkehrsbeschäftigte in Kirchheim unter Teck (Baden-Württemberg) über die

Einkommensrunde diskutiert. „Unsere mehr als 30 000 Kolleginnen und Kollegen sind 365 Tage im Jahr, Tag und Nacht, sonn- und feiertags auf Deutschlands Straßen im Einsatz. Damit leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag zur Daseinsvorsorge, der auch entsprechend honoriert werden muss“, hatte Hermann-Josef Siebigtheroth, Bundesvorsitzender des VDStra. – Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten, deutlich gemacht. „In Anbetracht der harten körperlichen Arbeit bei Wind und Wetter, der Abgas-, Lärm- und Ozonbelastung und der deutlich erhöhten Gefahr für Leib und Leben ist eine angemessene Gefahrezulage gefordert.“

Mit drei Veranstaltungen waren die Branchentage zur Einkommensrunde 2018 am 5. Februar 2018 zu Ende gegangen: Zivilbeschäftigte Beamte und Angestellte der Bundeswehr hatten ihrer Forderung nach einem kräftigen Einkommensplus Ausdruck verliehen und in der Luftwaffenkaserne am Flughafen Köln-Wahn über ihre Erwartungen an die Verhandlungen diskutiert. „Wir kennen unseren Wert“, so Herbert Schug, Bundesvorsitzender des Verbandes der Arbeitnehmer der Bundeswehr (VAB). „Wir sind die starke Truppe hinter der Truppe.“ „Zu Recht erwarten die Beschäftigten deswegen einen ganz deutlichen Einkommenszuwachs als Zeichen der Anerkennung und

Die Forderungen im Detail

- > Lineare Entgelterhöhung von 6 Prozent, mindestens jedoch 200 Euro
- > Laufzeit: 12 Monate
- > 100 Euro Entgelterhöhung für Azubis, verbindliche Zusagen zur Übernahme
- > Tarifierung einer Ausbildungsvergütung für betrieblich-schulische Ausbildungsgänge
- > 20 Prozent Nachtarbeitszuschlag und 20 Prozent Zuschlag für Samstagsarbeit auch im Besonderen Teil Krankenhäuser
- > Zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des linearen Abschlusses auf die Bundesbeamten
- > Angleichung der Jahressonderzahlung im Tarifgebiet Ost an das Tarifgebiet West der VKA
- > Erhöhung des Wechselschicht- und Schichturlaubs
- > Einrechnung der Pausen in die Arbeitszeit bei Wechselschichtarbeit auch in den Besonderen Teilen Krankenhäuser und Pflege- und Betreuungseinrichtungen
- > Zusage, auf regionaler Ebene über ein kostenloses landesweites Nahverkehrsticket zu verhandeln
- > Erhöhung des Urlaubs für Auszubildende um einen Tag
- > Verbesserung der Regelungen zur Kostenübernahme des Auszubildenden beim Besuch auswärtiger Berufsschulen
- > Verhandlungszusage über Erweiterungen der Regelungen für leistungsgeminderte Beschäftigte
- > Fortschreibung der Regelungen zur Altersteilzeit



© Roberto Pfeil

> dbb Branchentag in Köln-Wahn

Wertschätzung“, hatte Volker Geyer, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik, bestätigt. Wolfram Kamm, Bundesvorsitzender des Verbandes der Beamten der Bundeswehr (VBB), hatte die bereits vom amtierenden Bundesinnenminister Thomas de Maizière gegebene Zusage, das Tarifiergebnis auch auf die Beamten des Bundes übertragen zu wollen, begrüßt.

▀ Nahverkehr: Eingruppierung verbessern

Die Arbeitsbedingungen in den Jobcentern standen im Zentrum des Branchentags in Frechen. Dort hatte der stellvertretende Vorsitzende der dbb Bundestarifkommission, Andreas Hemsing, mit Jobcenter-Beschäftigten aus dbb Mitgliedsgewerkschaften (komba, vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales, GdS – Gewerkschaft der Sozialversicherung) diskutiert. Hemsing hatte in diesem Zusammenhang auf

ein grundsätzliches Problem hingewiesen: „Die ungleiche Bezahlung in vielen Jobcentern zeigt wie unter einem Brennglas die strukturellen Probleme bei der Bezahlung im öffentlichen Dienst: Die Tarifstrukturen zerfasern. Für Beschäftigte in ein und demselben Jobcenter wird entweder der Tarifvertrag für die Bundesagentur für Arbeit oder der für die Kommunen angewendet. Die Folge sind deutliche Gehaltsdifferenzen.“

„Die Finanzsituation der Kommunen hat sich deutlich verbessert. Höchste Zeit, auch den Beschäftigten reale Einkommenszuwächse zu verschaffen.“ – Beifall in der Kantine des Betriebshofs der Rheinbahn in Düsseldorf für den stellvertretenden Vorsitzenden der dbb Bundestarifkommission, Thomas Gelling. In der anschließenden Diskussion war es neben der Einkommensentwicklung vor allem auch um Themen, wie die Ein-

gruppierung des Fahrdienstes und mögliche Kompensationen für die besondere Verantwortung der Kollegen in der Personalbeförderung oder die Belastung durch unregelmäßige Arbeitszeiten, gegangen. Der Vorsitzende der NahVG Region West, Heiko Goebel, hatte an die wachsende Zahl gewalttätiger Übergriffe auf die Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr erinnert: „Wir haben einen verantwortungsvollen Beruf. Er ist in den letz-

> Hintergrund

Vom Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen (TVöD) sind insgesamt etwa 2,6 Millionen Beschäftigte betroffen: 2,3 Millionen Arbeitnehmer des Bundes und der Kommunen, für die der TVöD direkte Auswirkungen hat, sowie 344 000 Bundesbeamte und Anwärter, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll. Die wirkungsgleiche Übertragung betrifft hier nur die Bundesbeamten, da die Kommunalbeamten nach den jeweiligen Landesgesetzen besoldet werden.

ten Jahren kontinuierlich schwerer und belastender geworden. Das muss anerkannt werden – auch durch eine angemessene Bezahlung. Es ist unanständig, wenn ein Mensch in unserer Branche mit seinem Einkommen kaum über die Runden kommen kann.“



© Frank Eppler

> dbb branchentag in Kirchheim unter Teck



© Lothar Drechsel

> dbb Branchentag in Düsseldorf



© Roberto Pfeil

> dbb Branchentag in Frechen

Öffentlicher Dienst von Bund und Kommunen:

100 Euro mehr für Azubis, 6 % Plus für junge Beschäftigte

Am 8. Februar 2018 wurden die gewerkschaftlichen Forderungen zur Einkommensrunde 2018 für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen bekannt gegeben: 6 Prozent mehr Gehalt, bei einer Mindesthöhung von 200 Euro als sozialer Komponente, für Auszubildende 100 Euro.

„Die Nachwuchsgewinnung muss Priorität haben“, sagte die Vorsitzende der dbb jugend, Karoline Herrmann, anlässlich der Bekanntgabe der Forderungen am 8. Februar 2018 in Berlin. Um genug qualifiziertes Personal gewinnen zu können, müsste die Situation der Berufseinsteiger im öffentlichen Dienst deutlich verbessert werden. „Die Arbeitgeber sollten angesichts des leergefegten Arbeitsmarktes ein eigenes Interesse daran haben, sich als attraktiver Arbeitgeber zu präsentieren. Das bedeutet zum Beispiel: 100 Euro mehr für alle Auszubildenden. Außerdem

muss ihr Urlaubsanspruch auf 30 Tage steigen“, forderte Herrmann.

➤ Kritik an Befristungen für Berufseinsteiger

„Nach dem Ende der Ausbildung muss außerdem zwingend die unbefristete Übernahme stehen. Es zeugt von Doppelmoral, dass in den Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD über das Ende der sachgrundlosen Befristungen geredet wird, während der Staat selbst als Arbeitgeber mit seiner Befristungspraxis ein schlechtes Beispiel abgibt.“



© Friedhelm Windmüller

Neben den Auszubildenden müssten auch die jungen Beschäftigten profitieren. „Die Forderungen nach einer linearen Einkommenshöhung um 6 Prozent bei einem Mindestbetrag von 200 Euro sind angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung absolut angemessen und gerade für Berufseinsteiger mit

Anfangsgehältern eine echte Hausnummer“, machte die Chefin der dbb jugend deutlich, die sich zuvor in den dbb Gremien für die Belange der jungen Beschäftigten eingesetzt und die Forderungen in ihrem Sinne mit erarbeitet hatte.

➤ Auswirkungen für mehr als 80 000 Azubis

Vom Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen (TVöD) sind insgesamt etwa 2,6 Millionen Beschäftigte betroffen: 2,3 Millionen Arbeitnehmer des Bundes und der Kommunen, für die der TVöD direkte Auswirkungen hat – unter ihnen 74 400 Auszubildende und 8 000 Praktikanten bei den Kommunen sowie 7 000 Auszubildende beim Bund. Auf die 336 000 Bundesbeamten und 8 000 Anwärter des Bundes soll der Tarifabschluss übertragen werden. Die Übertragung betrifft hier nur die Bundesbeamten, da die Kommunalbeamten nach den jeweiligen Landesgesetzen besoldet werden.



© Jan Brenner

➤ dbb jugend-Chefin Karoline Herrmann, Mareike Klostermann (stellvertretende Vorsitzende tbb thüringer beamtenbund) und Christian Dröttbohm (Vorsitzender kombi jugend) saßen mit in der dbb Bundestarifkommission, um die Forderungen für die Einkommensrunde zu diskutieren und zu beschließen.

Appell an kommende Bundesregierung: Staatsdiener an Zukunftsthemen beteiligen

Als Spitzenorganisation der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der privatisierten Bereiche hat der dbb die kommende Bundesregierung aufgefordert, den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mehr Beteiligung und weitreichendere Mitspracherechte bei allen Zukunftsthemen einzuräumen.

„Ob Megaherausforderung Digitalisierung, Bildung und Erziehung, Sicherheit oder soziale Sicherung, Infrastruktur und Daseinsvorsorge – die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben in sämtlichen politischen Zukunftsthemen eine enorme Kompetenz und Expertise, die sie einbringen können“, machte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach anlässlich der vorläufigen Einigung von Union und SPD auf eine Große Regierungskoalition am 7. Februar 2018 in Berlin deutlich.

„In den vergangenen Monaten des politischen Vakuums hat sich gezeigt, dass unser Staat dank des kontinuierlich weiter-

arbeitenden öffentlichen Dienstes reibungslos funktioniert, auch ohne Bundesregierung. Glücklicherweise besteht nun Aussicht auf eine zügige Regierungsbildung, denn es ist höchste Zeit, die Aufgaben gemeinsam anzugehen und unser Land zukunftsfest zu gestalten“, so Silberbach. Ein vom dbb bereits wiederholt vorgeschlagener Bundestagsausschuss „Öffentlicher Dienst“, ange-dockt am Innenausschuss des Hohen Hauses, sei eine „ideale Möglichkeit, die Beteiligung der Experten aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes dauerhaft sicherzustellen. Ein solches Gremium könnte „der Know-how-Pool und Thinktank für eine stringente Modernisie-



© colourbox.de

rung und Optimierung der Staatsorganisation und -verwaltung sein“, regte der dbb Chef an.

Ausdrücklich begrüßte Silberbach das klare Bekenntnis der Koalition zu einem modernen öffentlichen Dienst und das schriftlich fixierte Versprechen, dass sich die neue Bundesregierung um die Nachwuchsgewinnung und attraktive Beschäftigungsbedingungen kümmern werde. Die Ankündigung, dass der Bund Arbeitskontenmodelle einführen und die Wohnsicherung für Beschäftigte in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten verstärkt

wahrnehmen wolle, „lässt darauf hoffen, dass diese Beispiele, so sie denn umgesetzt werden, Modellcharakter für den gesamten öffentlichen Dienst in Deutschland haben“, sagte der dbb Bundesvorsitzende.

Mit Blick auf den von der Koalition angestrebten Bürokratieabbau und den generellen digitalen Zugang zu Verwaltungsleistungen (Digital First) betonte Silberbach, dass sich auch die Beschäftigten der Verwaltung weniger Bürokratie und mehr Entlastung durch die Digitalisierung von Prozessen wünschten, „um sich ihrer eigentlichen Aufgabe, der Daseinsvorsorge, wieder verstärkt widmen zu können“.

Beihilfe: Verbessern und weiterentwickeln

Systemkonforme Verbesserungen und sachgerechte Weiterentwicklungen des Beihilfesystems der Beamtinnen und Beamten hat der Zweite dbb Vorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik, Friedhelm Schäfer, angemahnt.

„Wir wollen auch künftig einen leistungsfähigen und bezahlbaren Gesundheitsschutz im Beamtenbereich. Genau deshalb setzen wir uns für den Erhalt der prägenden Elemente des Beihilfesystems ein“, sagte Schäfer beim Landesgewerkschaftstag des dbb bremen am 31. Januar 2018 in Bremen. Erhalt bedeute nicht Festhalten am Gestrigen, betonte der Zweite Vorsitzende des dbb.

Vielmehr seien systemkonforme Verbesserungen und sachgerechte Weiterentwicklungen dringend geboten. So forderte Schäfer einheitliche beihilfe-rechtliche Rahmenbedingungen in Bund und Ländern, zeitnahe Beihilfeerstattungen durch flächendeckende personelle und technische Ressourcen sowie Verbesserungen und Vereinfachungen bei der Durchführung der Beihilfebearbeitung.



© colourbox.de

Zugleich müsse der Leistungskatalog gesichert und nach sachgerechten und anerkannten Standards sowie nach medizinischem Fortschritt ausgebaut werden. „Anstatt das Heil der Gesundheitsversorgung und -finanzierung in unausgereiften Einheitsversicherungsmodellen zu suchen, sollte man das Bewährte zukunftsfest machen“,

mahnte Schäfer mit Blick auf die Diskussionen zur Bürgerversicherung. „Das beamtenrechtliche Beihilfesystem ist Ausdruck des Fürsorgeprinzips der Dienstherren für die Beamtinnen und Beamten und wirtschaftlich betrachtet sehr effizient, weil nur tatsächlich entstandene Gesundheitskosten zu Buche schlagen“, erläuterte Schäfer.

Jahreswirtschaftsbericht 2018: Öffentlichen Dienst beteiligen

Die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik ist insgesamt hervorragend. Das stellten Vertreter der Bundesregierung und des dbb in ihrem Gespräch zum Jahreswirtschaftsbericht am 18. Januar 2018 im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) übereinstimmend fest.



Der Zweite Vorsitzende des dbb und Fachvorstand Beamtenpolitik, Friedhelm Schäfer, vertrat mit den stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden Thomas Eigenthaler und Astrid Hollmann die Interessen des dbb im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in Berlin.

Matthias Machnig, Staatssekretär im BMWi, erläuterte die Eckdaten zur Wirtschaftslage und verwies auf die Wichtigkeit des Zukunftsthemas Digitalisierung, das der dbb auf seiner Jahrestagung in Köln ebenfalls diskutiert habe.

Der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, Friedhelm Schäfer, verwies auf den hohen Personalbedarf in weiten Teilen des öffentlichen Dienstes. Im Hinblick auf die Digitalisierungsdebatte forderte er die Bundesregierung auf, sich in allen Bereichen der Verwaltung dafür einzusetzen, dass diese auch umgehend in die Lage versetzt wird, eine angestrebte Digitalisierungsoffensive zu unterstützen. Dazu gehörten neben der

Schaffung der technischen Voraussetzungen auch umfangreiche Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. „An den guten wirtschaftlichen Rahmendaten müssen auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes teilhaben“, sagte Schäfer mit Blick auf die anstehende Einkommensrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen.

Die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Astrid Hollmann verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass ein funktionierender öffentlicher Dienst untrennbar mit einer stabilen Demokratie verbunden sei: „Er ist nicht nur bloßer Standortfaktor, sondern erfüllt wesentliche gesamtgesellschaftliche Aufgaben.“ Seine

Beschäftigten stellten das gerade wieder unter Beweis, indem sie Deutschland sicher durch eine Zeit steuerten, in der eine Regierungsbildung länger auf sich warten lasse.

Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Chef der Deutschen Steuergewerkschaft (DSTG), Thomas Eigenthaler, forderte eine Ausweitung des sozialen Wohnungsbaues und ein schlüssiges Konzept zur Bekämpfung der Misere auf dem Wohnungsmarkt: „Es birgt sozialen Sprengstoff, wenn Familien mit Kindern und Alleinerziehende keine bezahlbaren Wohnungen mehr finden.“ Reformüberlegungen bei der Grundsteuer dürften weder auf dem Rücken der Finanzamtsbeschäftigten erfolgen noch zu noch höheren Nebenkosten für Millionen Mieter führen.

Staatssekretär Thorben Albrecht aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) zeigte sich zufrieden mit der guten Entwicklung des Arbeitsmarktes, forderte jedoch zusätzliche politische Anstrengungen, um der Langzeitarbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Thomas Steffen, Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen (BMF), bewertete die Haushaltslage des Bundes als auch weiterhin positiv, warnte aber vor möglichen Haushaltsrisiken, die zum Beispiel aus einem möglichen Zinsanstieg resultieren könnten.

> Kurz berichtet

Der seit November 2017 amtierende Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, Volker Geyer, hat am 30. Januar 2018 die ebenfalls neu besetzte Geschäftsführung der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) getroffen. Zentrales Thema des Gesprächs mit VKA-Hauptgeschäftsführer Klaus-Dieter Klapproth und VKA-Geschäftsführer Dirk Reidelbach war die anstehende Einkommensrunde 2018 für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen. Auch wenn beide Seiten naturgemäß unterschiedliche Erwartungen hinsichtlich des Ergebnisses äußerten, betonten alle Beteiligten die gemeinsame Verantwortung als Sozialpartner des öffentlichen Dienstes. Neben der Einkommensrunde thematisierte Geyer, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist, die grundsätzliche Notwendigkeit, die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst zu verbessern, gerade in den Kommunen. Dazu gehöre auch, endlich auf sachgrundlose Befristungen zu verzichten.

Verlässlichkeit des Staates in Gefahr: Kein Streikrecht für Beamte

Die Einführung eines Streikrechts für Beamte würde die Verlässlichkeit staatlicher Dienstleistungen massiv gefährden, warnt der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach.

„Stellen Sie sich vor: Ihr Kind muss in die Schule, aber der Unterricht fällt aus, weil die Lehrer streiken. Kriminelle freuen sich, weil die Polizei gegen entsprechende Bezahlung ein Auge zu drückt. Den Beamten im Finanzamt interessieren keine Gesetze – ihm gefällt einfach Ihr Gesicht nicht. Stellen Sie sich also vor, wie es wäre, wenn Sie sich nicht auf den Staat und die Menschen, die in seinem Dienst stehen, verlassen könnten“, schreibt der dbb Chef in einem Gastkommentar für das Magazin „KOMMUNAL“ (Ausgabe 2/2018). „Glücklicherweise ist das in der Bundesrepublik nicht so. Wir gehen ganz selbstverständlich davon aus, dass die Leistungen des Staates mit einem Höchstmaß an Verlässlichkeit, Rechtmäßigkeit und Neutralität erbracht werden. Dies ist uns so wichtig, dass wir es über den in unserer Verfassung verankerten Beamtenstatus ab-

gesichert haben“, erläutert Silberbach.

Der Beamtenstatus stehe für das besondere Band, das zwischen dem Staat, der Allgemeinheit und den Beamten geknüpft ist. „Beamte dienen dem Volk, also dem Staat – und zwar zu jeder Zeit, an jedem Ort. Streiken dürfen sie nicht. Dafür kümmert sich der Staat um sie. Das drückt sich unter anderem in der Absicherung für Krankheit und das Alter aus. Das Kümmern des Staates um seine Beamten prägt wiederum deren Einstellung zu ihrer Arbeit: Beamter zu sein, ist eben nicht nur ein Job. Es ist ein Dienst an der Gesellschaft. Und die Gesellschaft verlässt sich auf die Beamten.“ Diese Balance und diese Verlässlichkeit riskierten jene, die



ein Streikrecht für Beamte fordern. Ebenso unmissverständlich machte Silberbach deutlich, dass es keine Rosinenpickerei seitens der Beamtinnen und Beamten geben dürfe: „Jeder weiß, worauf er sich einlässt, wenn er den Diensteid leistet. Jeder Beamtin und jedem Beamten ist klar, dass mit der Funktion als Re-

präsentant des Staates besondere Rechte und Pflichten verbunden sind. Man kann sich nicht aus beiden Welten das Beste für sich herausuchen. Das wäre ein vorsätzliches Missverstehen unserer Verfassung und der Allgemeinheit gegenüber nicht zu vermitteln.“

Oliver Welte neuer Geschäftsführer:

Wechsel in der Geschäftsführung der dbb akademie

Die dbb akademie hat die Position der Geschäftsführung neu besetzt. Seit dem 1. Februar 2018 ist Oliver Welte der neue Geschäftsführer in der dbb akademie. Er löst damit Anke Weigend ab, die seit über 30 Jahren bei der dbb akademie in führenden Positionen tätig war und seit 2012 die Geschäftsführung innehatte. Den Blick in die Zukunft richtet ihr Nachfolger Oliver Welte.

Welche Herausforderungen stehen für die dbb akademie für 2018 an und wie sollen sie angegangen werden?

In Zeiten des digitalen Wandels gibt es eine Vielzahl von Herausforderungen – gerade für eine große Fortbildungseinrichtung wie die dbb akademie. Klar ist: Auch der öffentliche Dienst wird in Zeiten der Digitalisierung die Anforderungen an seine Bediensteten ständig erhöhen. Flexibilität und Innovationsfreudigkeit, vernetztes Arbeiten und Denken sowie eine breite inhaltliche Aufstellung gehören zu den Voraussetzungen für die Arbeit in einer „Verwaltung 4.0“.

Die Veränderungen unserer Lebens- und Arbeitswelt fordern von den Beschäftigten eine ständige Anpassung ihrer Kompetenzen. Das ist verbunden mit einem Prozess des lebenslangen Lernens. Darauf müssen auch die Gewerkschaften selbst eine Antwort finden. Die dbb akademie trägt ihren Anteil dazu bei. Seminare, Workshops und Tagungen sind eine zentrale Dienstleistung von Gewerkschaften an ihre Mitglieder. Neue Qualifikationen und neue Bildungsinhalte werden benötigt und von uns entwickelt. Neben fachlichen Fähigkeiten werden auch Softskills wie das Arbeiten in Netzwerken, die Selbstorganisation und eine gute Teamfähigkeit

immer wichtiger – hier sind wir schon jetzt gut aufgestellt.

Unsere Aufgabe ist es, Schulungen anzubieten, die am Puls der Zeit liegen, die den Bedürfnissen der Mitglieder entsprechen und gleichzeitig – auch für den privaten Geldbeutel – bezahlbar bleiben. Das kann ein großer und zentraler Anbieter wie die dbb akademie besonders gut leisten, weil wir jedes Jahr etwa 1.100 Veranstaltungen organisieren.

Wodurch zeichnet sich die dbb akademie in ihrer Arbeit besonders aus?

Drei Faktoren möchte ich nennen: erstens die große inhaltliche-thematische Bandbreite der Seminarthemen und zweitens eine starke organisatorische Kompetenz, viele unterschiedliche Veranstaltungen durchzuführen. Hinzu kommt unsere Beratungskompetenz, die den Bedarf der Gewerkschaften, die Wünsche der Mitglieder und das Wissen der Dozenten unter einen Hut bringt.

Apropos Beratung: Gerade in den Gewerkschaften sind besonders viele Fachleute als Mitglieder wie Funktionsträger organisiert. Hier stecken Wissen und Erfahrung, die wir für den dbb und alle Mitgliedsgewerkschaften verstärkt nutzbar machen wollen. Schon jetzt sind etwa 40 Dozentinnen und Dozenten für die dbb akademie



> Oliver Welte, Geschäftsführer der dbb akademie

tätig und geben ihr Wissen an die dbb Familie weiter. Da ist noch Luft nach oben.

Welche Themen stehen zukünftig besonders im Fokus und wer sind die Zielgruppen?

Wir bedienen alle Themen, die speziell für Gewerkschaften, aber auch für den öffentlichen Dienst allgemein relevant sind. Viele unserer Schulungen finden in Kooperation mit einer Gewerkschaft statt und werden vom dbb finanziell unterstützt. Hier liegt heute wie in Zukunft der Fokus unserer Arbeit.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt liegt auf dem Rechtsbereich, in dem wir bereits stark aufgestellt sind. Dazu zählen inhaltlich insbesondere die Themenbereiche Arbeits- und Tarifrecht, Datenschutz, Personalvertretungsrecht sowie Betriebsverfassungsrecht, die jeweils eine feste Zielgruppe darstellen. Weiterhin sind im Seminarangebot Kommunikations-, Führungs- und Gesundheitsthemen vertreten.

Mit dem Zertifikatskurs „Gewerkschaftsmanagement“ wollen wir neue oder künftige Funktionsträger fit für die Führungsaufgaben in ihren Gewerkschaften machen. Die dbb akademie leistet mit diesem

Angebot bewusst einen Beitrag zur Nachwuchsförderung im gewerkschaftlichen Umfeld. Der 20. Kurs läuft derzeit und ist zu unserer Freude ausgebucht.

Stichwort Digitalisierung: Neue technische Entwicklungen erfordern neue Wege in der Fortbildung. Ist die dbb akademie gerüstet für die Herausforderungen im digitalen Zeitalter?

Die Digitalisierung schafft auch im Fortbildungsbereich ganz neue Möglichkeiten. Auf der technischen Seite ist zwar vieles möglich, aber als Standard in der Fortbildung hat sich doch bisher wenig etabliert. Wir haben schon Webinare, Computer-Based-Trainings und Onlineschulungen durchgeführt. Doch dies sind einzelne Projekte geblieben. Derzeit nutzen wir einige Teile von „Moodle“, eine auch im universitären Bereich genutzte Lernplattform. Hier werden für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Informationen und Skripte zu ihrem Seminar hinterlegt.

Mittelfristig sind Austauschmöglichkeiten zwischen Dozent und Teilnehmenden geplant. Denn – und hier kommen wir zur Nachfrageseite – unsere Teilnehmenden wollen trotz Arbeitsverdichtung und Zeitdruck in den Dienststellen „ihre“ Schulung live und vor Ort erfahren. Der Austausch mit anderen, Networking, das gemeinsame Lernen und Ausprobieren werden gerade bei zunehmender Digitalisierung in Alltag und Beruf eine neue Wertigkeit in der Fortbildung erleben. Die Wohltaten der Digitalisierung aber werden unsere Veranstaltungen verstärkt begleiten und erleichtern. Wir sind selber auch gespannt, wohin uns der digitale Weg führen wird. ■

Neuer Vorstand der dbb akademie gewählt

Der neue Vorstandsvorsitzende der dbb akademie ist Volker Geyer. Im Anschluss an die dbb Jahrestagung am 8. und 9. Januar 2018 wählten die Delegierten aus Mitgliedsgewerkschaften und Landesbünden den 52-jährigen stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden und Fachvorstand Tarifpolitik an die Spitze der Fortbildungseinrichtung des dbb, der dbb akademie.

Volker Geyer folgt Willi Russ, der seit 2008 Vorsitzender der dbb akademie war und zehn Jahre gekonnt die Geschicke der dbb akademie geleitet hat. Mit seinem strategischen Weitblick hat er wichtige Weichen gestellt, dass die dbb akademie auch in Zukunft Fortbildung auf höchstem Niveau anbieten kann.

Mit Volker Geyer an der Spitze stehen die Zeichen in der dbb akademie weiterhin auf Kontinuität. Unter dem neuen Vorsitzenden werden auch zukünftig gewerkschaftliche und berufliche Bildung für die Mitgliedsorganisationen und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes die Schwerpunkte der Bildungsarbeit in der dbb akademie sein.

▣ Mitglieder des Vorstands

Weiterhin gehören dem neu gewählten dbb akademie-Vorstand folgende Stellvertreter(innen) an: Astrid Hollmann, stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion, Heini Schmitt, Landesvorsitzender, dbb beamtenbund und tarifunion, Landesbund Hessen, Rainer



> Der neue Vorstand der dbb akademie mit dem dbb Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach (Mitte)

Wendt, Bundesvorsitzender, Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG).

Die Delegierten wählten weiterhin in den Vorstand: Christina Dahlhaus, Bundesvorsitzende, Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM),

Waldemar Dombrowski, Bundesvorsitzender, Gewerkschaft Arbeit und Soziales (vbba), Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing, Bundesvorsitzende, Deutscher Philologenverband (DPHV), und Kai Rosenberger, Landesvorsitzender, BBW Beamtenbund Tarifunion. ■

Gleichstellungsindex 2017 der Bundesregierung:

Anteil der Frauen in Führung steigt zu langsam – Beurteilung reformieren

Mit Blick auf die Ergebnisse des Gleichstellungsindex der Bundesregierung fordert die dbb bundesfrauenvertretung weitere Maßnahmen zur Frauenförderung in den obersten Bundesbehörden.

„Seit der Einführung des Gleichstellungsindex im Jahr 2015 ist der Anteil an Frauen in Führung um 2,7 Prozent von 32,6 auf 35,3 Prozent gestiegen. Das ist eine positive, aber sehr langsame Entwicklung. Hier fordern wir von der Bundesverwaltung mehr Engagement und gezielte Maßnahmen bei der Personalentwicklung“, sagte die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, Helene Wildfeuer, am 30. Januar 2018.

Öffentliche Absichtserklärungen und gesetzliche Quotenvorgaben wie im Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen festgeschrieben, seien zwar ein guter Anfang, reichen nach Auffas-



> Gleichstellungsindex 2017

Die wichtigsten Ergebnisse

Insgesamt sind in den obersten Bundesbehörden mit 53,7 Prozent etwas mehr Frauen als Männer beschäftigt. Den höchsten Frauenanteil an den Beschäftigten verzeichnet das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit 72 Prozent (2016: 71 Prozent*), gefolgt vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) mit 68 Prozent (70) und vom Bundesministerium für Gesundheit mit 65 Prozent (64). Im höheren Dienst in allen obersten Bundesbehörden (ohne Bundesbank) liegt der Frauenanteil bei 46 Prozent (45).

Nur 35,3 Prozent (34) aller Beschäftigten im höheren Dienst mit Vorgesetzten- und Leitungsaufgaben in den obersten Bundesbehörden sind Frauen. Spitzenreiter ist das BVerfG mit einem Frauenanteil in Leitungspositionen in Höhe von 60 Prozent (50), den geringsten Frauenanteil in diesem Bereich hat der Bundesrechnungshof (BRH) mit 23 Prozent (22), gefolgt vom Auswärtigen Amt mit 25 Prozent (25,5). Damit waren zum 30. Juni 2017 in 21 von 23 (20 von 23) obersten Bundesbehörden (ohne Bun-

desbank) weniger Frauen als Männer in Leitungsfunktionen.

Dabei gilt weiterhin: Je höher die Hierarchiestufe, desto niedriger der Frauenanteil. 37 Prozent aller Referate (36) in obersten Bundesbehörden (ohne Bundesbank) werden von Frauen geleitet. Spitzenreiter sind das BMFSFJ mit 58 Prozent (57) und das Bundesministerium für Bildung und Forschung mit 51 Prozent (48,5). Schlusslicht bildet der BRH mit 23 Prozent (21,4). Der Frauenanteil bei den Unterabteilungsleitungen beträgt insgesamt 27 Prozent (26). Eine Ausnahme bildet hier das Bundespräsidialamt, dort sind alle Unterabteilungsleitungen mit Frauen besetzt. 2016 waren es nur halb so viele. Den geringsten Frauenanteil an Unterabteilungsleitungen weist das Presse- und Informationsamt des Bundes mit 12,5 Prozent (20) auf. Der Frauenanteil bei den Abteilungsleitungen einschließlich Direktorinnen und Direktoren liegt insgesamt bei 29 Prozent (27,5) und beträgt im BMFSFJ und im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ent-

wicklung jeweils 60 Prozent (BMFSFJ: 60, BMZ: 50), gefolgt von 57 Prozent (57,1) im Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz. Die geringsten Frauenanteile innerhalb dieser Hierarchieebene haben das Bundesministerium des Innern mit 9 Prozent (9,1) und das Bundeskanzleramt mit 13 Prozent (12,5). Auf Ebene der Staatssekretäre und Staatssekretärinnen beträgt der Frauenanteil in allen obersten Bundesbehörden lediglich 21 Prozent (20). Wie schon 2016 haben sieben der 21 obersten Bundesbehörden keine Frau auf Staatssekretärebene.

Lediglich zehn Prozent aller Beschäftigten in den obersten Bundesbehörden mit Leitungs- und Führungsaufgaben im höheren Dienst arbeiten in Teilzeit, 75 Prozent davon sind Frauen (78). Im höheren Dienst sind 80 Prozent (81) aller Teilzeitbeschäftigten Frauen. Dies trägt laut Gleichstellungsindex zum geringen Anteil von Frauen in Leitungsfunktionen bei.

* In Klammern zum Vergleich jeweils die prozentualen Angaben aus dem Gleichstellungsindex 2016



© colourbox.de

sung Wildfeuers aber nicht aus, um den Frauenanteil unter den Führungskräften in geforderter Maße zu erhöhen. „Gerade die Beurteilungs- und Beförderungsverfahren im öffentlichen Dienst sind anfällig für geschlechterbedingte Diskriminierungen. Noch immer geben überkommene Rollenklischees oft den Ausschlag dafür, wer befördert wird und wer nicht. Eine aktuelle Studie des DBB NRW und der Fachhochschule

für öffentliche Verwaltung des Landes NRW zeigt, dass vor allem Teilzeitbeschäftigte – und damit vor allem Frauen – signifikant schlechter in ihrer Leistungsbeurteilung abschneiden und infolgedessen seltener in Führungspositionen aufsteigen“, so Wildfeuer. Die Ursachen liegen der Studie zufolge vor allem in den Beurteilungsverfahren selbst begründet. Mit männlichen Attributen belegte Leistungsmerkmale wie

Durchsetzungsvermögen oder Einsatzbereitschaft wiesen einen größeren Stellenwert auf als solche, die klassisch mit weiblichen Fach- und Führungskompetenzen wie etwa Sozialverhalten oder Kommunikationsstärke verknüpft würden.

Um die stereotypen Beurteilungsmuster erkennen zu können, fordert Wildfeuer die öffentlichen Arbeitgeber und Dienstherrn auf, die Beurteilungsverfahren vor allem auch transparenter zu gestalten. „Vielerorts fehlen Beurteilungsstatistiken, die nach Teilzeit/Vollzeit und Männern/Frauen aufgeschlüsselt sind. Außerdem müssen die Leistungskriterien, die der dienstlichen Beurteilung zugrunde liegen, auf ihr Diskriminierungspotenzial hin überprüft und angepasst werden. Die dienstliche Beurteilung ist aus-

schlaggebend, wer für ein Beförderungsamts in Frage kommt und wer nicht. Die Leistung von Teilzeitkräften muss nach den gleichen Gesichtspunkten bewertet werden wie die von Vollzeitkräften“, so Wildfeuer.

Der Gleichstellungsindex der Bundesregierung sollte zudem für alle Verwaltungen Vorbildfunktion haben. „Wir vermischen ähnlich stringente Statistiken auf der Landes- und Kommunalebene, dort besonders für die Unternehmen der öffentlichen Hand“, unterstrich Wildfeuer.

bas

> Webtipp

Der Gleichstellungsindex 2017 zum Download von der Internetseite des Statistischen Bundesamtes: <https://goo.gl/QeBMV1>

Gleichstellung im öffentlichen Dienst: Regierungspläne begrüßt

Die Vorhaben der kommenden Bundesregierung, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Leitungsfunktionen des öffentlichen Dienstes bis 2025 umzusetzen, hat die dbb bundesfrauenvertretung ausdrücklich begrüßt.

„Es darf jetzt nur nicht bei bloßen Lippenbekenntnissen bleiben. Die im Koalitionsvertrag angekündigten Ziele zur Gleichstellung in der öffentlichen Verwaltung müssen tatsächlich umgesetzt werden. Das erfordert zunächst die konsequente Einführung von aussagekräftigen gendersensiblen Personal- und Beurteilungsstatistiken. Daran anknüpfend müssen Leistungsbeurteilung und Beförderungspraxis diskriminierungsfrei neu aufgestellt und an die sich wandelnde

Arbeitswelt 4.0 angepasst werden“, forderte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 8. Februar 2018.

Im Besonderen begrüßte Wildfeuer die Absichten der Koalitionäre, die strukturellen Hindernisse für Frauen auf dem Arbeitsmarkt abzubauen, die wesentlich zur Entgeltlücke beitragen. „Seit vielen Jahren fordern wir hier auch für den öffentlichen Dienst wirkungsvolle Maßnahmen. Dazu ge-



© colourbox.de

hört die Aufwertung von Care-Berufen durch eine bessere Eingruppierung in der Entgeltordnung. Eine tarifizierte Auszubildungsgütung für Sozial- und Pflegeberufe ist hier der erste wichtige Schritt“, so Wildfeuer.

Darüber hinaus müsse aber auch die familiäre Sorgearbeit aufgewertet werden. „Mit der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Ausweitung der Mütterrente schlägt die Bundespolitik

den richtigen Weg ein. Erziehungsarbeit wird damit zur wertgeschätzten Erziehungsleistung“, betonte Wildfeuer. Beamtinnen, die vor 1992 Kinder zur Welt gebracht haben, sind bisher von der Mütterrente ausgeschlossen. Auch sie haben ein Recht auf diese Anerkennung. „Wir fordern die neue Bundesregierung auf, dieser institutionalisierten Ungleichbehandlung entgegenzuwirken und die sogenannte Mütterrente wirkungsgleich für den Beamtinnenbereich umzusetzen.“

Positiv wertete die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung darüber hinaus die Vorhaben zur Bekämpfung von Gewalt gegenüber Frauen. „Dass die Koalitionsparteien diesem Thema ein ganzes Kapitel gewidmet haben, ist ein deutliches und sehr wichtiges Signal gegen sexistische Tendenzen in unserer Gesellschaft“, so Wildfeuer. ■

dbb bundesseniorenvertretung zum Koalitionsvertragsentwurf:

Mehr Gerechtigkeit wagen

Aus Sicht der dbb bundesseniorenvertretung enthält der von CDU/CSU und SPD ausgehandelte Entwurf eines Koalitionsvertrages noch erhebliche Schwachstellen. Nicht nur im Umgang mit der „Mütterrente“ vermisst der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, Wolfgang Speck, den Mut, mehr Gerechtigkeit zu wagen.

Zwar enthält der Entwurf des Koalitionsvertrages mit dem geplanten dritten Rentenpunkt für vor 1992 geborene Kinder von Müttern mit mindestens drei Kindern, der sogenannten Mütterrente II, einen weiteren Schritt zur rentenrechtlichen Gleichstellung von Geburten ab beziehungsweise vor 1992. dbb Seniorenchef Wolfgang Speck geht diese Regelung jedoch nicht weit genug: „Bei der Mütterrente II hätte die Große Koalition Mut zu mehr Gerechtigkeit zeigen müssen, denn alle Kinder sind gleich viel wert. Außerdem wiederholt die Koalition den Fehler, die Mütterrente nicht aus Steuern, sondern aus den Beiträgen der Rentenversicherten zu finanzieren. Die rentenrechtliche Anerkennung von Kindererziehung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss deshalb von allen über Steuermittel getragen werden,“ sagte Speck am 8. Februar 2018 nach Bekanntwerden der Inhalte des Koalitionsvertrages.

Nicht hinnehmbar sei zudem, dass der Vertrag keine Regelung zur wirkungsgleichen Übertragung der Mütterrente auf die Beamtinnen und Beamten enthalte: „Nachdem bislang nur Bayern und Sachsen die ‚Mütterrente‘ für Beamtinnen und Beamte eingeführt haben, wäre nun der Bund am

Zug gewesen, Verbesserungen bei der Kindererziehung auch im Beamtenversorgungsrecht nachzuvollziehen.“

Gleichwohl begrüßte Speck die im Koalitionsvertrag enthaltene Absichtserklärung, die Tarifabschlüsse „grundsätzlich gleich auf die Beamtenbesoldung übertragen“ zu wollen. „Die Bundesseniorenvertretung geht davon aus, dass der Bund wie in den letzten Jahren die Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtenbesoldung, aber natürlich auch auf die Beamtenversorgung überträgt. Alles andere wäre den Beamten und den Pensionären nicht zu vermitteln.“

▣ Paritätisches Beitragsprinzip für KVDR sichern

Positiv bewertete der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung die geplanten Verbesserungen bei der Pflege, die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung und das Abrücken vom Vorhaben einer Einheitsversicherung in der Krankenversicherung. Allerdings werde die dbb bundesseniorenvertretung darauf achten, dass das paritätische Beitragsprinzip in der Krankenversicherung auch in der Krankenversicherung der

Rentner (KVDR) sichergestellt ist. Zudem würden die dbb Senioren die Arbeit der geplanten Kommission zur Reform der kassen- und privatärztlichen Vergütung aufmerksam begleiten. „Wir stehen dazu, die privatärztliche Gebührenordnung und die Bezahlung der Kassenärzte zu modernisieren und dem medizinischen Fortschritt anzupassen. Hier darf sich aber kein Einfallstor für die gesundheitliche Einheitsversicherung auftun.“

▣ Rentenüberleitung – alle besonders betroffenen Gruppen besserstellen

In die richtige Richtung geht nach Auffassung der dbb bundesseniorenvertretung auch, Härtefälle in der Grundsicherung im Rentenüberleitungsprozess mit einer Fondslösung auszugleichen. „Hiermit könnten zum Beispiel ehemalige Krankenschwestern in der DDR erreicht werden, die durch den Wegfall der Höherwertung ihrer niedrigen Entgelte nur sehr niedrige Renten beziehen, wie es der dbb schon seit vielen Jahren fordert“, so Speck weiter. Die im Koalitionsvertrag angelegte Voraussetzung „eines Grundleistungsbezugs“ ist nach Dafürhalten der dbb bundesseniorenvertretung allerdings zu eng gefasst: Zahlreiche andere von der Rentenüberleitung besonders belastete Personengruppen wie beispielsweise Wissenschaftler oder die ehemaligen Beschäftigten der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Post, deren Ansprüche und Anwartschaften nicht hinreichend in die Rentenversicherung überführt wurden, könnten weitgehend leer ausgehen.

Die vorgesehene Stabilisierung des aktuellen Rentenniveaus, zunächst bis 2025, auf 48 Prozent hingegen entspricht einer Forderung des dbb. „Wir begrüßen es auch, dass gegebenenfalls zusätzliche Steuergelder eingesetzt werden, damit der Beitragssatz nicht über 20 Prozent steigt“, räumte der Chef der dbb Senioren ein.

▣ Verlässlichen Generationenvertrag entwickeln

Die geplante Rentenkommission, an der der dbb teilhaben müsse, stehe vor der anspruchsvollen Aufgabe, einen „verlässlichen Generationenvertrag“ zu entwickeln, deren unverzichtbarer Bestandteil auch die ab 2025 angestrebte doppelte Haltelinie sein müsse, damit Rentenbeiträge und -niveau langfristig abgesichert werden können.

Einer langjährigen Forderung der dbb bundesseniorenvertretung entspricht auch das Vorhaben der Koalitionäre, die gesetzliche Rente um eine bedürftigkeitsgeprüfte Grundrente zu ergänzen, die Menschen, die 35 Jahre an Beitrags- oder Kindererziehungsbeziehungsweise Pflegezeiten aufweisen, ein regelmäßiges Alterseinkommen von zehn Prozent oberhalb des Grundsicherungsbedarfs zusichert: „Ohne Grundrente verliert die beitragsfinanzierte gesetzliche Rentenversicherung ihre Legitimation“, sagte Speck und lobte zugleich die vorgesehenen weiteren Verbesserungen für Erwerbsminderungsrentner als „zielgerichteten Beitrag zur besseren Absicherung von besonders von Altersarmut bedrohten Menschen“.

Frühkindliche Bildung und Erziehung: Spürbare Unterstützung für Kommunen nötig



© colourbox.de

> Hintergrund

Der Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD sieht vor, das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen auszubauen und die Qualität von Kinderbetreuungseinrichtungen zu verbessern. Zudem sollen die Eltern bei den Gebühren bis hin zur Gebührenfreiheit entlastet werden. Dafür wird der Bund jährlich laufende Mittel zur Verfügung stellen (2019 0,5 Milliarden, 2020 eine Milliarde, 2021 zwei Milliarden Euro).

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach hat die Pläne der möglichen Großen Koalition auf Bundesebene zur Stärkung der frühkindlichen Bildung und Erziehung begrüßt.

„Es ist höchste Zeit, dass die Bundespolitik den Kommunen finanziell spürbar unter die Arme greift, um Quantität und vor allem Qualität in den Kitas auszubauen“, sagte Silberbach am 15. Februar 2018 mit Blick auf den Entwurf des Koalitionsvertrages von CDU/CSU und SPD.

Entscheidend werde außerdem sein, die Berufsbilder in der Erziehung attraktiver zu gestalten. „Wir müssen ausreichend viele qualifizierte Beschäftigte finden beziehungsweise ausbilden. Um genug Menschen für diese Berufe zu begeistern, brauchen wir auch entsprechende finanzielle Anreize.“ Auf der Einkommenseite könnten

die kommunalen Arbeitgeber bereits in der jetzt anstehenden Tarifrunde ein deutliches Zeichen setzen, so Silberbach. „Lineare Anpassungen für alle kommunalen Beschäftigten, von denen auch das Personal in der frühkindlichen Bildung und Erziehung profitieren, sind ein erster, wichtiger Schritt. Danach wird es darauf ankommen, das Tarifgefüge für die Kolleginnen und Kollegen im Sozial- und Erziehungsdienst weiter zu verbessern und den heutigen Standards anzupassen“, forderte der dbb Chef. „So schaffen wir die nötigen Anreize, damit sich mehr junge Menschen für diesen gesellschaftlich wichtigen Beruf entscheiden.“ Neben der Bezahlung müssten aber auch

die weiteren Arbeitsbedingungen verbessert werden. „Ausstattung der Einrichtungen, Fachkraft-Kind-Schlüssel, Verfügungszeiten, Ausbildung: Das sind nur einige der Punkte, die endlich angegangen werden müssen.“ ■

> Kurz berichtet

In Anbetracht der jüngsten Zahlen zum Lehrermangel an Deutschlands Schulen fordert der dbb verbindliche Standards für die Qualifizierung von Seiteneinsteigern in den Lehrerberuf. „Der dbb und seine Lehrerverbände sind offen für eine länderübergreifende Vereinbarung über verbindliche Standards für die Qualifizierung von Seiteneinsteigern. Für uns ist dabei maßgebend, dass die Qualität gesichert wird“, sagte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Jürgen Böhm am 31. Januar 2018 in Berlin anlässlich der Veröffentlichung einer Studie der Bertelsmann Stiftung zum Lehrermangel an Grundschulen. Ihr zufolge fehlen allein an den Grundschulen absehbar mindestens 35 000 Lehrkräfte. „Unsere Sorge ist, dass sich die bereits heute auftretenden Defizite beim Einsatz von Seiteneinsteigern dramatisch verstärken werden. Seiteneinsteiger werden ohne jegliche Vorbereitung auf die Klassen losgelassen, die Nachqualifizierung erfolgt nur nebenbei. Das ist zu wenig“, kritisierte Böhm, der auch Bundesvorsitzender des Verbands Deutscher Realschullehrer (VDR) ist.

Helmut Holter, Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK):

Bund und Länder können die immensen

dbb magazin:

Bei Übernahme der KMK-Präsidenschaft Mitte Januar 2018 haben Sie Demokratiebildung und Wertevermittlung als zentrale Themen Ihrer Amtszeit ausgegeben. Wie genau soll das auf Ebene der Kultusminister aussehen, was soll vereinbart werden?

Helmut Holter:

Zur Zukunft Deutschlands gehört auch, das Verständnis für die demokratischen Säulen unserer Gesellschaft im Bewusstsein zu verankern. Schließlich sind die heutigen Schülerinnen und Schüler die Verteidiger der Demokratie von morgen. Wir blicken im nächsten Jahr auf drei wichtige Jubiläen: 100 Jahre Weimarer Verfassung, am 23. Mai 2019 70 Jahre Grundgesetz und schließlich 30 Jahre friedliche Revolution – die Wende – in der DDR. Daher habe ich diesen Schwerpunkt gewählt.

Konkret wird die KMK in diesem Jahr unter anderem ihre Empfehlungen für die Demokratievermittlung und die Menschenrechtsbildung überarbeiten. Darüber hinaus werden sich Veranstaltungen diesem Thema widmen.

Wie gehen Sie mit dem Vorwurf um, Sie wollten lediglich der – gerade im Osten erstarkenden – AfD etwas entgegenzusetzen?

Es geht um die Demokratie und die Frage, wie wir sie stärken können. Das ist fortwährende Aufgabe, aber es gibt auch aktuelle Anlässe, über diese Frage nachzudenken. Dazu gehören die Verrohung von Sprache, wie wir sie in sozialen Netzwerken erleben, die steigende Zahl rechtsextremer Verbrechen und ein gesellschaftliches Klima, in dem wir



> Helmut Holter

erleben, dass Feinde der Demokratie immer häufiger mit Tabubrüchen provozieren. Mit dieser gesellschaftlichen Entwicklung müssen wir uns auseinandersetzen. Es geht sicher nicht um eine einzelne Partei, sondern jungen Menschen den Wert des demokratischen Gemeinwesens zu vermitteln.

Die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen sprechen sich für einen Nationalen Bildungsrat aus. Wird die KMK damit überflüssig?

Ganz sicher nicht. Noch sind Form und Aufgabe eines solchen Bildungsrats nicht weiter beschrieben. In der KMK wird es weiter um die Zusammenarbeit der Landesregierungen im Bildungsbereich gehen, um über die gegenseitige Anerkennung von Bildungsnachweisen die Mobilität der Bürger zu erleichtern.

Der Investitionsstau im Bildungsbereich liegt nach allen Schätzungen im zweistelligen Milliardenbereich. Können die

Länder hier kurz- oder mittelfristig Abhilfe schaffen?

Die Länder kommen schon heute ihrer Verantwortung nach und stellen erhebliche zusätzliche Ressourcen zur Verfügung. Grundsätzlich bin ich der Auffassung, dass der Bund im Bereich der Bildung stärker Verantwortung übernehmen muss. Dabei geht es nicht um eine Schwächung, sondern um eine Stärkung der Kultushoheit der Länder. Es geht um die Absicherung von Mindeststan-

Herausforderungen nur gemeinsam lösen



dards, zum Beispiel bei der vorschulischen Bildung, beim Schulbau und bei der Digitalisierung.

Sie und viele der anderen Kultusminister sprechen sich für ein stärkeres Engagement des Bundes in der Bildungsfinanzierung aus. Haben Sie nicht die Sorge, dass der, der bezahlt, dann auch mitbestimmen will, wie die Inhalte aussehen?

Ich habe den Eindruck, dass sich der Bund und die Länder einig sind, dass wir die immensen Herausforderungen im Bildungsbereich nur gemeinsam lösen können. Letztlich brauchen wir praktische und unbürokratische Lösungen, um voranzukommen.

SPD und Union wollen sogar das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung vollständig abschaffen. Wie steht die KMK zu dieser Initiative?

Die Bildung bleibt weiterhin in der Hoheit der Länder. So habe ich auch den Entwurf des Koalitionsvertrags ver-

standen. Und die Kultusministerinnen und Kultusminister, als Mitglieder der Kultusministerkonferenz und als Mitglieder ihrer Landesregierung, werden auch weiterhin die Bildungspolitik in Deutschland aktiv mitgestalten, daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern.

Hat sich der Bildungsföderalismus überlebt? Was sagen Sie der großen Mehrheit der Eltern, die sich mehr Zentralismus in der Bildung wünschen?

Ein großer Vorteil des Föderalismus ist es, nah an den Menschen zu sein. Ich sehe es zugleich als Fortschritt, dass wir seit einem Jahr den gemeinsamen Aufgabenpool für das Abitur haben. Wir knüpfen damit an die bestehenden einheitlichen Anforderungen an das Abitur und an die Standards für die Schulabschlüsse an, um eine Vergleichbarkeit der Abschlüsse zu verbessern.

Angesichts der Vielzahl der Seiteneinsteiger sorgt sich der dbb um die Bildungsqualität. Wird es ein neues Regelwerk geben,

das sicherstellt, dass Nachqualifizierung vor dem praktischen Unterricht kommt?

Die Kultusministerkonferenz hat sich bereits 2013 mit konkreten Maßnahmen zur Qualifizierung von Seiteneinsteigern befasst. In dem Beschluss „Gestaltung von Sondermaßnahmen zur Gewinnung von Lehrkräften zur Unterrichtsversorgung“ hat sie konkrete Standards für deren Ausbildung festgelegt. Diese sollen sowohl eine qualitativ hochwertige Ausbildung als auch die Mobilität von Lehrkräften sichern.

Thüringen verbeamtet seine Lehrer neuerdings. Passiert

das aus Überzeugung oder ist das nur der Versuch, im Wettbewerb um Lehrkräfte gegenüber den anderen Bundesländern zu punkten?

Zunächst mal gibt eine Verbeamtung Sicherheit – den Lehrerinnen und Lehrern und den Schulen. Verbeamtet ist alles ein Stück planbarer. Inwiefern dieser Aspekt gegenüber anderen Aspekten überwiegt, muss in jedem Bundesland eigenverantwortlich entschieden werden. Die Ausgestaltung des Dienstverhältnisses ist Sache der Länder. Thüringen hat sich für die Verbeamtung entschieden, um Lehramtsabsolventen diese Sicherheit anbieten zu können.



> Helmut Holter ...

... ist seit August 2017 Minister für Bildung, Jugend und Sport in Thüringen und übernahm im Januar 2018 als erster Politiker der Partei „Die Linke“ turnusgemäß die Präsidenschaft der Kultusministerkonferenz (KMK). Der studierte Bauingenieur kam 1953 in Ludwigslust/Mecklenburg-Vorpommern zur Welt und wurde im November 1998 in die von dem Sozialdemokraten Harald Ringstorff geführte Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern berufen, wo er bis November 2006 als Minister für Arbeit und Bau sowie als Stellvertreter des Ministerpräsidenten amtierte. Von 2006 bis 2009 war er stellvertretender Vorsitzender der Fraktion „Die Linke“ im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern und von April 2009 bis zu seiner Ernennung zum Minister in Thüringen Fraktionsvorsitzender.

